

GRUPPEN

GEGEN KAPITAL UND NATION

WIKILEAKS,  
BITCOIN,  
COPYLEFT

DREI BEITRÄGE ZUR KRITIK  
DES HACKTIVISMUS



# *Inhaltsverzeichnis*

*WikiLeaks –  
der Staat verfolgt seine Idealisten*      5

*Bitcoin –  
endlich ein faires Geld?*      15

*Freies Eigentum –  
Gesellschaftskritik in der Form  
einer Softwarelizenz*      39



*WikiLeaks –*

*der Staat verfolgt seine Idealisten*

DIE GRUNDANNAHME des WikiLeaks-Projektes ist es, dass die Veröffentlichung von Regierungs- und Firmengeheimnissen eine Kritik dieser Institutionen bedeutet. Das Projekt und sein Manifest – geschrieben von Julian Assange bevor WikiLeaks berühmt wurde – beschäftigt sich mit der Bekämpfung von Verschwörungen, geheimen Gesetzesvorhaben, versteckt vor den Augen der neugierigen Öffentlichkeit. WikiLeaks entdeckt diese verborgenen Pläne bei autoritären Regimen, und – tendenziell – auch in manchen demokratischen Regierungen.<sup>1</sup> Gegen diese Tendenzen führt WikiLeaks keine Argumente oder eine eigene politische Position an, da das Projekt annimmt, die Veröffentlichung von Geheimnissen derer, die an der Macht sind, würde schon reichen, um die unterdrückten Massen aufzubringen: „Autoritäre Regime erzeugen oppositionelle Kräfte, indem sie gegen den individuellen und kollektiven Wunsch nach Freiheit, Wahrheit und Selbstverwirklichung vorgehen. Pläne, die autoritäre Herrschaft unterstützen, verursachen Widerstand. Daher werden dieser Pläne von erfolgreichen autoritären Regimen geheimgehalten.“<sup>2</sup> WikiLeaks will diese Pläne aufdecken, so dass demokratischer Widerstand für Freiheit, Wahrheit sowie Selbstverwirklichung entsteht. WikiLeaks zufolge liegt die Abwesenheit von Aufständen also daran, dass die Leute nicht von den finstren Plänen ihrer Regierungen wissen.

WIKILEAKS meint, dass autoritäres Regieren und autoritäre Tendenzen in demokratischen Staaten durch Geheimhaltung charakterisiert sind. Dabei ist es kein Geheimnis, dass das bestimmende Motiv von Unternehmen Profit ist, dass die USA und ihre Verbündeten die Kriege im Irak und Afghanistan für ihre nationalen Interessen führen und die US-amerikanische

<sup>1</sup> „Today, with authoritarian governments in power in much of the world, increasing authoritarian tendencies in democratic governments, and increasing amounts of power vested in unaccountable corporations, the need for openness and transparency is greater than ever.“ – Wikileaks, *About*, <http://wikileaks.org/About.html>, letzter Zugriff November 2012

<sup>2</sup> „Authoritarian regimes give rise to forces which oppose them by pushing against the individual and collective will to freedom, truth and self realization. Plans which assist authoritarian rule, once discovered, induce resistance. Hence these plans are concealed by successful authoritarian powers.“ – Julian Assange, *The WikiLeaks Manifesto*, <http://bit.ly/bAaVvY>, letzter Zugriff November 2012

Regierung WikiLeaks als Staatsfeind betrachtet. Diese Tatsachen sind keine unterdrückten Informationen, sondern werden öffentlich erklärt und diskutiert. Das Hosni Mubarak Ägypten 30 Jahre lang mit Notstandsgesetzen regiert hat, dass seine Polizei die Opposition gefoltert und unterdrückt hat, dass die USA das Ganze wegen ihrer Interessen in der Region unterstützt hat, dass die EU ein Freihandelsabkommen mit dem ägyptischen Regime ausgehandelt hatte und Gaddafis Libyen wegen seiner Zusage, Flüchtlinge von der eigenen Grenze fernzuhalten, schätzte: All das ist allbekannt. Es gibt auch Aktionen und Strategien autoritärer und demokratischer Regierungen, die geheim sind, wie zum Beispiel außergesetzliche Tötungen, Folter, Spionage, illegale Auslieferungen und bestimmte Absprachen mit anderen Staaten oder Unternehmen. Aber das bedeutet nicht, dass die Herrschaft dieser Regierungen vor allem durch das Unwissen ihrer Bürger bestimmt ist. Im Gegenteil, ein Regime, das seine Gegner foltert, will sie das wissen lassen, damit sie vor ihren Plänen ablassen.

WIKILEAKS behauptet, dass Transparenz zu einer guten Herrschaft und zu einem besseren Leben der Bürger führe.<sup>3</sup> Wenn aber eine Regierung ehrlich erklärt, dass die aktuelle Schuldenkrise einen größeren Einschnitt im Sozialbereich erfordere, dann ist das transparent. Wenn die US-Regierung WikiLeaks öffentlich die Feindschaft erklärt, dann ist das transparent; wenn das Gesetz einen darüber informiert, dass die eigenen Bedürfnisse nur dann zählen, wenn man entsprechend Geld hat, dann ist das transparent; wenn ein Staat seine Bevölkerung mobilisiert, um eine andere mobilisierte Bevölkerung militärisch zu besiegen, dann ist das transparent. Transparenz selber verhin-

<sup>3</sup> WikiLeaks behauptet einen Widerspruch zwischen dem Sammeln von Informationen und ihrer Veröffentlichung: „By definition, intelligence agencies want to hoard information. By contrast, WikiLeaks has shown that it wants to do just the opposite.“ Dabei veröffentlichen Geheimdienste Informationen, wenn es zu ihrer Agenda passt. Sie benutzen Informationen, um konkurrierende Staaten und ihre Regierungen zu erpressen oder zu blamieren. Es ist nicht der Demokratieidealismus von WikiLeaks, der China dazu gebracht hat, es als Kandidat für den Nobelpreis vorzuschlagen; China hat WikiLeaks vorgeschlagen, weil es die USA beschämt und um die Funktion des Nobelpreises als Einmischungstitel der USA und seiner Alliierten gegen seine Konkurrenten bloß zustellen.

dert keinen Schaden: Im Gegenteil, das meiste Elend wird in aller Öffentlichkeit produziert.

INDEM ES „erfolgreichen autoritären Mächten“ unterstellt, den eigenen Charakter aus Angst vor Widerstand zu verschleiern, ignoriert WikiLeaks die Zwecke der Herrschaft. Bevor man fragt, wie etwas erreicht wird, muss man sich Fragen was den da erreicht werden soll. Sowohl autoritäre als auch demokratische Staaten wollen ja viel mehr als sich nur zu erhalten. Da eine starke Wirtschaft – besonders im Kapitalismus – die Grundlage der Macht eines Staates ist, ist die Bevölkerung nicht einfach störende Menschenmasse, sondern nützliches Material.<sup>4</sup> Staaten betreiben einen großen Aufwand, um ihre Wirtschaft zu fördern, vergleichen neidisch das eigene Bruttoinlandsprodukt – die wirtschaftliche Gesamtaktivität – mit dem anderer Staaten und beobachten ganz genau die Wechselkurse und Aktienindizes: Sie vergleichen den wirtschaftlichen Erfolg ihrer Bevölkerungen, weil dieser die Basis ihrer Macht ist. Aber der Beitrag der Bevölkerung zur Stärke ihres Staates erschöpft sich nicht in der wirtschaftlichen Aktivität. Der Staat will, dass die Bevölkerung ihn schätzt und seine Maßnahmen unterstützt. Wenn er es für nötig hält, verlangt der Staat von seiner Bevölkerung sogar in den Krieg zu ziehen. Diese Zwecke können nicht heimlich erreicht werden, sie brauchen eine Öffentlichkeit.

WIKILEAKS' praktische Kritik an Regierungen in aller Welt ist getrieben von einer Zustimmung zur Institution der Regierung als solcher. WikiLeaks will einen Widerstand initiieren, der darauf abzielt, Regierungsverhalten zu ändern<sup>5</sup>, nicht Regime zu beenden. Die Überlegung, ob Herrschaft überhaupt nötig ist und warum, kommt in den Aktionen und Veröffentlichun-

<sup>4</sup> Es gibt tatsächlich Staaten, wo die Bevölkerung tatsächlich nutzlos für den Staat ist, da ihre Ökonomie nur auf dem Export der natürlichen Ressourcen beruht. In solchen Staaten wird der Großteil der Bevölkerung von den Revenuequellen des Staates ferngehalten. Der Sudan ist, neben den meisten Staaten der „dritten Welt“, so einer, der wenig von seiner Bevölkerung erwartet und ihr wenig zu bieten hat, da er am Weltmarkt gegen die erfolgreichen Wirtschaftsmächte wie die USA, die EU und China nicht bestehen kann.

<sup>5</sup> „To radically shift regime behavior“ – Julian Assange, *The WikiLeaks Manifesto*, a.a.O.



gen von WikiLeaks nicht zum Ausdruck. Der Vorwurf, WikiLeaks sei anarchistisch, sei grundsätzlich gegen Regierungen und Unternehmen, ist falsch. Im Gegenteil, der Aktivismus von WikiLeaks basiert auf dem Gedanken, dass der demokratische Nationalstaat vor allem zu verteidigen sei und nicht Ziel grundlegender Kritik.

WIKILEAKS tritt für die ungekürzte und unkommentierte Veröffentlichung geheimer Informationen ein, da die Information selber Widerstand entzünden sollen. Es hängt aber nicht von Information – Fakten – als solcher ab, ob Leute einer bestimmten Politik widersprechen, sondern davon, wie sie diese Fakten interpretieren. Das Abschlichten von irakischen Zivilisten durch US-amerikanische Truppen ist für die Kriegsgegner ein weiterer Grund, den Krieg zu beenden. Andere nehmen diese Nachricht vielleicht als Bestätigung dafür, das Krieg hässliche Seiten habe, dieser aber nötig sei, dass die Aufständischen die Schuld hätten, da sie sich hinter Zivilisten versteckten, dass die Getöteten sich nicht in einer Kriegszone hätten bewegen sollen oder dass diese „Untermenschen“ es nicht besser verdient hätten. Fakten dienen nur als Material für Urteile, sie geben das Urteil nicht vor. Das ist besonders dann der Fall, wenn die Informationen, die durch WikiLeaks die Öffentlichkeit erreicht haben, sowieso nur bestätigen, was jeder schon wusste. Wofür vorher unbekannte Fakten als Einziges dienen können, ist, notwendige Voraussetzungen für neue Urteile zu schaffen, die ohne sie unmöglich zu treffen wären.

WIKILEAKS' IDEAL DES STAATES folgt den Prinzipien des demokratisch verfassten Nationalstaates. Ein moderner Nationalstaat präsentiert sich als ein Dienst an

seinen Bürgern und als Ausdruck ihres Willens. Er garantiert seinen Untertanen Rechte und Freiheiten, fordert sie auf, seine Agenten zu wählen, schafft grundlegende Infrastruktur für die wirtschaftliche Betätigung und bietet ein wenig soziale Sicherheit. Dass der Nationalstaat die Bedingungen schafft, die seine Bürger zwingen, sich auf ihn zu verlassen, ändert an diesem Verhältnis nichts. WikiLeaks stimmt diesen Prinzipien zu<sup>6</sup>: „Bessere Kontrolle führt zu weniger Korruption und stärkerer Demokratie in allen gesellschaftlichen Institutionen, einschließlich Regierung, Unternehmen und anderer Organisationen.“ Sich darauf zu beschränken, Korruption in Regierungen und Unternehmen zu bekämpfen, bedeutet, dass es nicht die Prinzipien dieser Organisationen sind, die für das beobachtete Elend verantwortlich gemacht werden, sondern Abweichung von diesen Prinzipien.<sup>7</sup> WikiLeaks' Kampf gegen Korruption bedeutet also ein prinzipielles Einverständnis mit diesen Institutionen, wenn sie erst einmal frei von Korruption sind. Wenn WikiLeaks mit dem US-amerikanischen obersten Gerichtshof darin übereinstimmt, „effektiv Betrug im Staatsapparat aufzudecken“<sup>8</sup>, dann ist das kein rhetorischer Trick – beide wollen effektive Institutionen, und zwar die Institutionen des gegenwärtigen Systems. Sowohl WikiLeaks als auch die Verfassung der USA teilen das Ideal eines demokratischen, kapitalistischen Nationalstaates, der das pursuit of happiness seiner Bürger nicht behindert.

EIN KERN DES MISSTRAUENS, das WikiLeaks den Mächtigen entgegenbringt, ist im demokratisch verfassten Nationalstaat institutionalisiert. Sein institutionelle Aufbau zeigt bereits einen bemerkenswerten Mangel an Vertrauen gegenüber seinen Amtsinhabern, der Aufbau enthält den Verdacht, dass die

<sup>6</sup> „Better scrutiny leads to reduced corruption and stronger democracies in all society's institutions, including government, corporations and other organisations.“ – WikiLeaks, *About*, a.a.O.

<sup>7</sup> „Similarly, some intelligence services have an obligation to go about their activities to the best of their ability and that, sometimes, involve secrecy. But, what is not a right, is for a General or, Hillary Clinton, to say that they want to use the criminal law on every person in the country, to stop talking about embarrassing information, that has been revealed from her institution or from US military. She does not have the right to proclaim what the worry is, that's a matter for the court.“ – Julian Assange im Interview in *Frost over the World* auf Al Jazeera (21.12.2010).

<sup>8</sup> „effectively expos[ing] deception in government“ – Wikileaks, *About*, a.a.O.

Staatsagenten heimlich (oder offen) ihre Macht missbrauchen könnten. Das Gesetz verlangt regelmäßige Wahlen und sichert so, dass der kollektive Wille der Leute dem der Politiker entspricht.<sup>9</sup> Manche Länder haben sogar begrenzte Amtszeiten für die höchsten Posten, um zu verhindern, dass sich eine einzelne Person an die Macht klammert. Das Gesetz schreibt eine Trennung zwischen Regierung, Parlament und den Gerichten vor, so dass keine Teilgewalt sich die Macht in anderer als in der vorgeschriebenen Weise aneignen kann. Das Gesetz garantiert Rede- und Versammlungsfreiheit sowie die Freiheit der Presse, und erlaubt so der demokratischen Opposition, ihre Sorgen auszudrücken. Ein amerikanischer Präsident plädiert auch mal dafür, die Rechte von Informanten zu stärken, „um Staatsangestellte zu schützen, die Verschwendung, Betrug und Missbrauch von Macht im Staat aufdecken“.<sup>10</sup> Der demokratische Nationalstaat ist ein Rechtsstaat und als solcher gegenüber seinem Personal misstrauisch.

DIESES INSTITUTIONALISIERTE MISSTRAUEN hat seinen Grund. Erstens sind die Staatsagenten Leute, die – wie jeder andere auch – private Interessen haben, ihr Job ist es jedoch, die Ordnung ohne Blick auf private Einzelinteressen zu wahren. Da die bürgerliche Gesellschaft eine von konkurrierenden Privatsubjekten ist, ist es nicht ohne Risiko, diese anzustellen. Solche Agenten können ihre Macht missbrauchen, um ihre eigenen Ziele zu verfolgen, indem sie Bestechungen annehmen oder das Gesetz zugunsten von Freunden beugen.<sup>11</sup> Es ist diese Art von Amtsmissbrauch gegen die Gesetze und Gewaltenteilung gerichtet sind.

<sup>9</sup> Das geht in beide Richtungen. Die Führung soll sich nicht zu weit von den Leuten entfernen und den Leuten soll klar sein, wo die nationalen Probleme liegen.

<sup>10</sup> „strengthen whistleblower laws to protect federal workers who expose waste, fraud, and abuse of authority in government“ – The Obama-Biden Plan, <http://goo.gl/5asd6> (change.gov), letzter Zugriff November 2012

<sup>11</sup> Um einem Missverständnis vorzubeugen: Wenn bestimmte Gesetze einzelnen Leuten mehr bringen als anderen, widerspricht das nicht dem Zweck demokratischer Herrschaft. Wenn ein Gesetz hingegen nur gemacht ist, um eine bestimmte Gruppe zu bevorzugen, ohne das nationale Interesse zu berücksichtigen, tut es das sehr wohl.

DER ZWEITE GRUND für das Misstrauen ist, dass die Gewaltenteilung eines demokratischen Staates beim effektiven Regieren stört. Die Begrenzung der Macht einer Regierung ist eine Begrenzung der Möglichkeiten ihre Arbeit zu erledigen. Die Gewaltenteilung ist blind gegenüber dem, was die Regierung erreichen will und kann sie daran hindern, Gesetze durchzubringen, die dem nationalen Interesse dienen. Das ist der Grund, warum Politiker und andere Staatsagenten, die Demokratie und Gesetz in großen Ehren halten, immer wieder die Regeln brechen – mit illegalen Abhöraktionen, Auslieferungen usw. Ob diese Überschreitungen als Verletzungen der Prinzipien des demokratischen Staates gewertet werden, kann man vorher nicht sagen. Es hängt immer vom Erfolg der jeweiligen Politik ab. Legale Sanktionen für solches Handeln (sei es zur persönlichen Bereicherung oder um das Beste für die Nation zu erreichen) zu verhindern ist ein Grund, warum Staatsagenten sich entscheiden können, es vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

DIE KAMPAGNE DER USA gegen WikiLeaks, unterstützt von seinen internationalen Verbündeten und beiden US-amerikanischen Parteien, ist also gegen ein Projekt gerichtet, das den Nationalstaat grundsätzlich wertschätzt. Die USA führen also eine Kampagne gegen Leute, die ihre Prinzipien verehren. Sie sind zu Staatsfeinden erklärt worden, aufgrund von Aktionen, die eigentlich die Prinzipien der beteiligten Staaten verteidigen und realisieren wollen.

ES KÖNNTE DAHER wie ein Fehler auf der Seite der US-Administration oder anderer Regierungen wirken WikiLeaks anzugreifen: Beide schätzen die selben Prinzipien. Es gibt aber einen fundamentalen Unterschied in der Rolle, die diese Prinzipien für beide

Seiten spielen. Für WikiLeaks und seine Unterstützer sind demokratische Prinzipien die ersten und grundlegenden Prinzipien des Staates, sie machen den Staat aus. Für den Nationalstaat sind diese Prinzipien hingegen Mittel der Herrschaft. Dass der Nationalstaat den Bürgern dient, bedeutet nicht, dass er auf diese Rolle festgelegt ist. Wenn das der Fall wäre, bräuhete es keine Polizei, keine Gerichte und keine Gefängnisse. Dass der Nationalstaat ein Rechtsstaat mit Prinzipien ist, dass er die Zustimmung sein Bürger möchte, dass er die Privatinteressen seiner Bürger produktiv für sich selbst nutzen möchte, bedeutet nicht, dass er nicht herrschen würde und keine Geheimhaltung bräuhete. Interessen, die seiner Herrschaft grundsätzlich entgegenstehen, unterdrückt er schon. Generell zeigt er allen Interessen seiner Bürger Grenzen auf: Man darf sein Interesse verfolgen, aber nur den Gesetzen entsprechend. Anders gesagt, nur weil der Nationalstaat gesetzmäßige Interessen fördert und schützt, heißt das nicht, – im Gegensatz zur Vorstellung von WikiLeaks – dass sein Ziel das Wohlergehen all seiner Untertanen ist: Gutwillige Herrschaft ist ein Widerspruch.

ZWEITENS bedroht die Veröffentlichung der diplomatischen Depeschen und der militärischen Berichte die USA international. Öffentliche Äußerungen von Staatsagenten – besonders in der Sphäre der internationalen Diplomatie – gelten als Ausdruck einer Strategie. Offene Kritik an anderen Staaten oder ihrem Personal dient dem Ziel, diesem Staat seine Grenzen aufzuzeigen oder diese Grenzen zu testen. Die Bekanntgabe der eigenen Kriegsaufwendungen sind eine Nachricht an Freund und Feind. Indem es interne US-Memos veröffentlichte, machte WikiLeaks für die USA Politik, es ließ die US-Regierung Dinge sagen,

die sie nicht in der Öffentlichkeit sagen wollte, und schickte damit Nachrichten an Regierungen auf der ganzen Welt. Der Punkt ist hier nicht, ob es sich dabei um sachliche Erklärungen handelte oder nicht. Der Punkt ist, dass die US-Regierung diese Dinge nicht allen Verbündeten und Feinden offen sagen wollte; WikiLeaks ließ es die Regierung trotzdem sagen. WikiLeaks brachte die US-Außenpolitik unter Zugzwang, indem es die Depeschen veröffentlichte. Der Nationalstaat interpretierte diese Attacke als prinzipielle Infragestellung seiner Herrschaft – unabhängig davon was WikiLeaks intendierte.

DIE KAMPAGNE DER USA gegen WikiLeaks ist umstritten. Auf der einen Seite verlangen Politiker Assanges Ermordung und die US-Regierung sucht nach legalen Schlupflöchern, um Assange doch noch anzuklagen. Bradley Manning – der mutmaßliche Informant, der die Depeschen und andere interne US-Dokumente weiterleitete – wird wahrscheinlich lange Zeit weggesperrt bleiben, um an denen ein Exempel zu statuieren, die den Staat bedrohen könnten. Andererseits ist WikiLeaks noch immer legal in den USA, und kaum Angegriffen wurde z.B. die New York Times, die mit WikiLeaks bei der Veröffentlichung zusammenarbeitete.<sup>12</sup> Der Staat will WikiLeaks ausschalten, aber er zögert, um dabei nicht die Pressefreiheit zu demontieren. Der Staat will Bürger wie Julian Assange, aber diese guten Bürger sollen gefälligst den real existierenden Nationalstaat anerkennen, bevor sie nach ihrer idealistischen Vorstellung handeln.

<sup>12</sup> Die verschiedene Behandlung der NYT und WikiLeaks zeigt auch, welches Interesse der Staat an der Presse hat. Als „vierte Gewalt“ des Staates deckt sie Ineffizienz und Korruption auf. Andererseits besteht die NYT darauf, – entgegen aller gegenteiliger Beweise – die Verhörtechniken der US-Armee nicht Folter zu nennen, womit sie ihre Treue zum US-amerikanischen Staat unter Beweis stellt.

*Bitcoin –*

*endlich ein faires Geld?*

Bitcoin (BTC) wurde von Satoshi Nakamoto im Jahr 2009 als eine neue elektronische oder besser virtuelle Währung vorgestellt, die ein Äquivalent zum Bargeld im Internet<sup>13</sup> sein soll. Anstatt Kreditkarten oder Überweisungen zum Einkaufen im Netz zu benutzen, installiert man eine Software auf seinem Computer, den Bitcoin Client. Dieser erlaubt dann, unter einem Pseudonym Bitcoins an andere Nutzer zu senden, d.h. man gibt die Anzahl an Bitcoins und den Empfänger ein und die Transaktion wird anschließend über ein Peer-to-Peer-Netzwerk<sup>14</sup> abgewickelt. Bitcoins können zur Zeit auf ein paar hundert Websites zum Einkaufen verwendet werden, darunter um Währungen, Web-Hosting, -Space, -Design, DVDs, Kaffee, Kleinanzeigen zu kaufen.

Auch kann man dank Bitcoin via Internet an Wikileaks<sup>15</sup> spenden oder Glücksspielseiten benutzen, was praktisch sein kann, wenn diese im betreffenden Land verboten sind. Was allerdings Bitcoin zumindest für kurze Zeit große öffentliche Aufmerksamkeit verschaffte, war die Möglichkeit über eine Kleinanzeigen-seite namens „Silk-Road“<sup>16</sup> verbotene Drogen zu kaufen.

Am 11. Februar 2012 kostete 1 BTC ungefähr 5,85 USD. Insgesamt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 8,31 Millionen BTC ausgestellt. An diesem Tag wurden 0,3 Mio. BTC in 8.600 Transaktionen verwendet und circa 800 Bitcoin-Clients waren im Netzwerk angemeldet. Das zeigt, dass es mehr als eine bloße Idee oder nur ein Vorschlag für ein neues Bezahlungssystem ist, auch wenn dessen Umfang noch sehr deutlich hinter dem gängiger Währungen zurücksteht.

Es gibt drei Eigenschaften von Bargeld, die Bitcoin versucht nachzuahmen: Anonymität, Unmittelbarkeit und sehr kleine bzw. das Fehlen von Transaktionsgebühren. Diese Eigenschaften hat der aktuelle Online-

<sup>13</sup> Das zentrale Dokument über Bitcoin, in dem die Idee dieser digitalen Währung beschrieben wird, ist Satoshi Nakamoto, *Bitcoin: A Peer-to-Peer Electronic Cash System*, 2009. Einige Details des Netzwerks sind jedoch nirgends in der Literatur explizit beschrieben, sondern nur im offiziellen Bitcoin-Client eingebaut.

<sup>14</sup> Als Peer-to-peer-Netzwerk wird ein Netzwerk bezeichnet, in dem die Teilnehmer sich direkt verbinden ohne die Notwendigkeit zentraler Server (wobei einige Funktionen dennoch einen Server benötigen können). Berühmte Beispiele einer solchen Technik sind Napster, BitTorrent oder auch Skype.

<sup>15</sup> Vermutlich auf Druck der US-Regierung haben alle großen Online-Bezahlungssysteme die Zahlungen an Wikileaks eingestellt. Auch das Benutzen von Kreditkarten für Online-Spielplattformen ist meist von deren Herausgebern verboten.

<sup>16</sup> Nach der Veröffentlichung eines Artikels auf Gawker wurden zwei US-Senatoren darauf aufmerksam und baten den Kongress die Seite abzuschalten. Bis jetzt scheinen allerdings diese Versuche nicht wirklich erfolgreich gewesen zu sein.



handel mit Kreditkarten oder Bankenüberweisungen nicht. Bitcoin ist Peer-to-Peer in Reinform, genauso wie Bargeld im Gebrauch Peer-to-Peer ist.

Was das Projekt aber tatsächlich so ambitioniert macht, ist der Versuch, eine neue Währung zu etablieren. Bitcoins sollen kein Weg sein, Euros, Dollars oder Pfund zu transferieren, sie sollen selbst als neues Geld verstanden werden. Sie werden als BTC gehandelt und nicht als GBP oder EUR. Vielmehr noch, Bitcoins sind sogar als Geld gedacht, welches auf anderen Prinzipien aufbaut als das heute übliche Geld. Am markantesten fällt das daran auf, dass es keine „vertrauenswürdigen Dritten“ gibt, d.h. es gibt keine Zentralbank. Weiterhin sind Bitcoins auf die Anzahl von 21 Millionen insgesamt beschränkt – mehr Bitcoins soll es nicht geben. Aus diesem Grund spricht diese neue Währung marktradikale Liberale an, die zwar den freien Markt schätzen, dem Staat bzw. dessen Einmischung in den Markt allerdings skeptisch gegenüber stehen.<sup>17</sup>

Bitcoin ist also der Versuch, etwas Bekanntes, nämlich das Geld, unter einem anderen Ansatz anzugehen und bietet dadurch einen neuen Blick auf diese alltägliche Sache. Es muss durch den Verzicht auf „vertrauenswürdige Dritte“ in seiner Konstruktion einige technische Probleme oder Fragen lösen, damit es als Geld auch wirklich brauchbar ist. Damit verweist Bitcoin mit seinen technischen Probleme auf die Eigenschaften, die eine Gesellschaft hat in der die Wirtschaft über Geld abgewickelt wird.

Unter Verwendung von so wenig Fachjargon wie möglich wollen wir im ersten Teil dieses Textes versuchen zu erklären, wie Bitcoin funktioniert und was uns dies Funktionieren über eine Gesellschaft lehrt, in der freier und gleicher Tausch die vorherrschende Form von wirtschaftlicher Interaktion ist. Daraus folgt

<sup>17</sup> Eine Strömung, die vor allem in den USA Anhänger findet, wo sie als „Libertarians“ bekannt sind. Im deutschsprachigen Raum sind solche Ideen vor allem in der Hactivism-Szene verbreitet.

auch eine Kritik an der Ideologie von marktradikalen Liberalen. Im zweiten Teil wollen wir dann näher auf das Verhältnis von Kreditgeld zu Kapitalismus eingehen, da Bitcoin eine praktische Kritik am Kreditgeld darstellt.

Als erstes kann man von Bitcoin lernen, dass die Beschreibung des freien Marktes von Bitcoin-Anhängern genauso falsch ist, wie die der meisten anderen Leute auch. Die Behauptung nämlich, dass sich im Austausch folgendes ausdrücke:

### *Gegenseitiger Nutzen, Kooperation und Harmonie*

Auf den ersten Blick mag eine Wirtschaft, welche auf freiem und gleichem Austausch beruht, wie eine harmonische Sache erscheinen. Menschen produzieren Dinge in Arbeitsteilung und so erhalten sowohl Kaffeebauer als auch Schuhmacher jeweils Schuhe und Kaffee. Das vermittelnde Element, damit Konsumenten zu diesen beiden Dingen kommen, ist das Geld. Die Arbeit der Produzenten ist zu deren gegenseitigen Nutzen oder auch zum Nutzen der ganzen Gesellschaft. In den Worten eines Bitcoin Anhängers:

„Wenn wir beide eigennützig rationale Wesen sind und wenn ich Dir mein X für Dein Y anbiete und Du diesem Handel zustimmst, dann bewerte ich Dein Y notwendigerweise mehr als mein X und Du bewertest mein X mehr als Dein Y. Mit diesem freiwilligen Handel haben wir beide etwas, das wir als wertvoller erachten, als das, was wir ursprünglich hatten. Wir sind beide besser dran. Das ist nicht ausbeuterisch, das ist kooperativ.“<sup>18</sup>

Die Bitcoin-Gemeinschaft stimmt damit dem Konsens der Wirtschaftswissenschaft zu, dass Kooperation Geld richtiggehend benötigt: „Eine Gemeinschaft ist definiert durch die Kooperation ihrer Teilnehmer

<sup>18</sup> NghtRprr, *Defending Capitalism im Bitcoin Forum*, <http://bit.ly/MhxrSL> (bitcoin.org), unsere Übersetzung, letzter Zugriff November 2012.

und effiziente Kooperation benötigt ein Mittel des Tausches (Geld) ...<sup>19</sup>

Sie stimmen also mit modernen Ökonomen darin überein, dass freier und gleicher Austausch Kooperation bedeutet und Geld ein Mittel ist, um beidseitigen Vorteil zu ermöglichen. Sie malen eine Idylle des freien Marktes, dessen negative Eigenschaften dem (wie sie meinen: falschem) Eingreifen des Staates zugeschrieben werden; manchmal auch den Banken und deren Monopolstellung<sup>20</sup>.

### Bargeld

Einer dieser Eingriffe des Staates ist die Bereitstellung von Geld und dagegen richtet sich Bitcoin ja auch. Denn Bitcoin basiert darauf, keine „vertrauenswürdigen Dritten“ zu benötigen und damit keinen Staat, der Geld herausgibt und dieses verwaltet. Stattdessen ist Bitcoin nicht nur Peer-to-Peer in seinem Umgang mit Geld, sondern auch in dessen Aufrechterhaltung und Erzeugung: Ganz so, als ob es keine Europäische Zentralbank gäbe und alle Menschen in der deutschen Wirtschaft gemeinschaftlich Geld drucken und sich ebenso gemeinschaftlich um dessen Verbreitung kümmern würden. Um dies zu bewerkstelligen, müssen einige technische Hürden überwunden werden. Manche sind trivial, andere nicht. Zum Beispiel muss Geld teilbar sein, also zwei Fünfeuronoten müssen das Gleiche sein wie eine Zehneuronote und jeder gleichwertige Teil eines Geldes muss genauso gut sein wie ein anderer, so dass es keinen Unterschied macht, welchen Zehneuroschein ich nun in der Hand halte. Diese Eigenschaft lässt sich recht einfach erreichen, wenn man Zahlen auf Computern als Geld hat.

Jedoch sind die zwei folgenden Eigenschaften des Geldes nicht ganz so einfach zu bewerkstelligen:

<sup>19</sup> Wei Dai, *bmoney.txt*, unsere Übersetzung. In diesem Text wird die grundsätzliche Idee, auf der Satoshi Nakamoto's Bitcoin-Protokoll aufbaut, zum ersten Mal beschrieben.

<sup>20</sup> „The real problem with Bitcoin is not that it will enable people to avoid taxes or launder money, but that it threatens the elites' stranglehold on the creation and distribution of money. If people start using Bitcoin, it will become obvious to them how much their wage is going down every year and how much of their savings is being stolen from them to line the pockets of bankers and politicians and keep them in power by paying off with bread and circuses those who would otherwise take to the streets.“ – The Underground Economist, *The Real Problem With Bitcoin*, <http://bit.ly/MhxULw> (undergroundeconomist.com), letzter Zugriff November 2012.

### *Digitale Signaturen: Garantien wechselseitigen Schadens*

Wenn man mit physischem Geld hantiert, also Bargeld, ist der Eigentumswechsel offensichtlich. Wenn zum Beispiel Anna einen Zehneuroschein an Bernd gibt, dann hat Bernd den Schein und nicht Anna. Nach einem Austausch (oder auch Raub) ist es offensichtlich, wer das Geld hat und wer nicht. Es gibt für Anna nach dem Bezahlen keine Möglichkeit zu behaupten, sie hätte Bernd das Geld nicht gegeben, weil sie es nunmal getan hat. Umgekehrt kann aber Bernd vor dem Händewechsel den Geldschein nicht einfach in seine Tasche stecken ohne Annas Zustimmung, außer natürlich mit Gewalt. Letzteres soll durch das Gewaltmonopol des Staates verhindert werden. Wenn man seine Zahlungen über Banken abwickelt, ist es die Bank, welche dieses Verhältnis durchsetzt, in letzter Instanz aber auch wieder die Polizei.

Online in einem Peer-to-Peer-Netzwerk ist das natürlich nicht so einfach. Eine Banknote ist nun durch nichts anderes repräsentiert als durch eine Nummer oder eine Zeichenkette. Nehmen wir mal an, oxABCD sei eine 1 BTC Note<sup>21</sup>. Man kann diese Zeichenkette ganz einfach kopieren. Es gibt erst einmal keine Möglichkeit nachzuweisen, dass jemand diese Zeichenkette nicht irgendwo gespeichert hat und weiter benutzt oder anders herum, dass jemand diese vielleicht auch gar nicht mehr besitzt, sie mir aber als Bezahlung weiterreicht. Weiterhin kann Bernd die Banknote (hier ausgedrückt durch diese Zeichenkette) von Anna einfach kopieren, wenn er sie gesehen hat. Der Eigentumswechsel ist also schwierig: Wie kann man sicherstellen, dass Anna Bernd den Bitcoin wirklich gezahlt hat?<sup>22</sup>

<sup>21</sup> Wir sind uns bewusst, dass Bitcoin durch nichts anderes als durch die Liste der Transaktionen repräsentiert wird. Zur einfacheren Präsentation hier nehmen wir aber einfach an, dass es so ein eindeutiges Merkmal gibt wie die Seriennummer auf einem Euroschein.

<sup>22</sup> „Commerce on the Internet has come to rely almost exclusively on financial institutions serving as trusted third parties to process electronic payments. [...] Completely non-reversible transactions are not really possible, since financial institutions cannot avoid mediating disputes. [...] With the possibility of reversal, the need for trust spreads. Merchants must be wary of their customers, hassling them for more information than they would otherwise need. A certain percentage of fraud is accepted as unavoidable. These costs and payment uncertainties can be avoided in person by using physical currency, but no mechanism exists to make payments over a communications channel without a trusted party.“  
– Satoshi Nakamoto, *Bitcoin: A Peer-to-Peer Electronic Cash System*, a.a.O.

Damit hat man das erste Problem an der Hand, welches virtuelle Währungen und somit auch Bitcoin lösen müssen.

Um zu beweisen, dass Anna wirklich die Zeichenkette `oxABCD` an Bernd übergeben hat, unterzeichnet sie digital einen Vertrag. Dieser gibt an, dass die Zeichenkette nicht mehr ihr selbst, sondern ab jetzt Bernd gehört. Eine digitale Signatur ist auch nichts anderes als eine weitere Zeichenkette oder eine große Zahl. Jedoch hat dieser spezielle kryptografische und mathematische Eigenschaften, die sie – soweit man weiß – unfälschbar machen. Also ähnlich wie Menschen normalerweise Eigentum übertragen, zum Beispiel den Titel auf ein Grundstück durch die Unterzeichnung eines Vertrages verschriftlichen, wird das Eigentum am Geld im Bitcoin-Netzwerk auch über Unterschriften unter Verträgen transferiert. Nur eben digital. Die Zeichenkette, die unsere Geldnote darstellen sollte, an sich zählt nicht. Nur der Vertrag, der anzeigt wer die Note gerade besitzt macht sie gültig. Dieses Verfahren der digitalen Unterschriften ist inzwischen so weit verbreitet, das es kaum Beachtung erfährt, nicht mal im Designdokument von Bitcoin selbst.<sup>23</sup>

Die Frage nach dem Eigentum an Bitcoins zeigt aber schon ein Problem mit dem idyllischen Bild auf, welches Menschen von der Wirtschaft mit und ohne Bitcoins haben. Es zeigt, dass es bei einem Geschäft mit Bitcoins – oder allgemeiner: bei jeglicher Art von Tausch – eben nicht damit getan ist, dass Anna, die Kaffee macht, aber Schuhe haben möchte, die wiederum Bernd hergestellt hat. Wenn es nämlich wirklich so einfach wäre, würden sie sich einigen, wie viel Kaffee und Schuhe sie benötigen und würden dies dem jeweils anderen einfach zur Verfügung stellen und jeder könnte glücklich werden mit Kaffee und Schuhen.

<sup>23</sup> Für eine Einführung in das Thema kryptografisches Geld siehe Burton Rosenberg (Ed.), *Handbook of Financial Cryptography and Security*, 2011.

Stattdessen aber tauscht Anna ihre Dinge gegen die von Bernd – über das Geld vermittelt. Sie benutzt also ihren Kaffee als einen Hebel, um an Bernds Dinge zu kommen. Ihre Waren sind ihre jeweiligen Mittel, um an die Produkte zu gelangen, die sie konsumieren möchten oder müssen. Sie erzeugen also ihre Produkte nicht für ihr eigenes Bedürfnis und auch nicht direkt für das eines anderen. Vielmehr verkaufen sie ihre Produkte, damit sie sich dann das kaufen können, was sie tatsächlich brauchen. Bernd benutzt also Annas Abhängigkeit von Schuhen, um an ihr Geld zu gelangen und Anna macht das umgekehrt mit Bernd. Daraus ergibt sich, dass man dem jeweils anderen so viel seiner Mittel wie möglich versucht abzunehmen – was ich nicht unmittelbar brauche, ist für mich immer noch Material für künftige Tauschgeschäfte. Gleichzeitig möchte man so viel der eigenen Mittel behalten möchte wie möglich: billig kaufen, teuer verkaufen.

In anderen Worten ausgedrückt. Dies ist keine harmonische Arbeitsteilung für den gemeinschaftlichen Nutzen. Es wird eher versucht im Austausch einen Vorteil zu erlangen, weil man es eben muss. Mehr noch, der Vorteil der einen ist gleichzeitig der Nachteil des anderen. Ein geringer Preis für Bernds Schuhe bedeutet nämlich weniger Geld für Bernd und mehr Geld für Anna, welches sie noch für andere Sachen ausgeben kann. Das Geld löst diesen Interessenkonflikt nicht, es vermittelt ihn. Damit ist es übrigens auch nicht der Grund für den Konflikt. Der ist im Tausch selbst schon angelegt. Die Tauschenden müssen zu einer Einigung kommen, was aber nicht bedeutet, dass sie nicht lieber einfach das nehmen würden, was sie brauchen.

Dieses gesellschaftliche Verhältnis gibt also Gründe ab zum Betrügen, Rauben und Stehlen. Unter diesen Umständen ist es schon sehr notwendig zu wissen,

wer den Zehneuroschein besitzt und wer nicht, weil es eben darum geht, ob man das bekommt, was man braucht oder nicht.

Diese systematisch und damit dauernd auftretenden Situationen, in denen des einen Vorteil des anderen Nachteil ist, verlangen nach einem Gewaltmonopol des Staates. Der Tausch als das zentrale Mittel wirtschaftlicher Interaktion ist auf breiter Basis überhaupt nur möglich, wenn die Tauschpartner sich darauf beschränken: auf den ausgemachten Tausch. Nämlich sie sich einfach mit Gewalt, was sie wollten, würde das Tauschprinzip nicht mehr funktionieren. Die marktradikalen Liberalen hinter Bitcoin mögen staatliche Einmischung verabscheuen, ihre Wirtschaft jedoch setzt sie voraus.

Wei Dai beschreibt die Online-Gemeinschaft als „eine Gemeinschaft, in der die Angst vor Gewalt machtlos ist, da Gewalt unmöglich ist und Gewalt unmöglich ist, weil ihre Teilnehmer nicht mit ihren Realnamen oder ihrem Aufenthaltsort in Verbindung gebracht werden können“<sup>24</sup>.

Er erkennt damit nicht nur an, dass die Menschen in der virtuellen Wirtschaft durchaus Gründe haben sich gegenseitig zu schaden, sondern auch, dass diese Wirtschaft nur ohne direkte Gewalt der Teilnehmer läuft, weil Menschen gar nicht richtig miteinander in Kontakt treten. Durch die Staatsgewalt in der physischen Welt geschützt, können sie im eingeschränkten Bereich des Internets miteinander in Kontakt treten, ohne Angst vor Gewalt haben zu müssen.

Online oder offline, es sind ganz schön umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen nötig, um diesen Laden am Laufen zu halten. Bei Bitcoin sind es die „unknackbaren“ digitalen Signaturen, offline hingegen kümmert sich der Staat mit seiner Strafverfolgung z.B. darum, Dieben das Handwerk zu legen. Und das

<sup>24</sup> Wei Dai, *bmoney.txt*, a.a.O., unsere Übersetzung.

alles, um eine so einfache Transaktion wie den Transfer von Gütern vom Produzenten zum Verbraucher zu sichern. Das verweist auf einen grundsätzlichen Interessenkonflikt zwischen den beteiligten Tauschparteien. Wenn das liberale Bild des freien Marktes als eine harmonische Kooperation zum Nutzen aller wahr wäre, bräuchte man keine fälschungssicheren Signaturen. Die Bitcoin-Konstruktion, also das marktradikale Projekt einer Alternative zum Status Quo zeigt, dass diese Theorie falsch ist.

Man könnte dagegen einwenden, dass es nun einmal immer schwarze Schafe gäbe, die sich an der gesellschaftlichen Harmonie versündigen würden. Dann würde sich allerdings die Frage stellen, in welchem Verhältnis Aufwand (Polizei, digitale Signaturen, etc.) und Nutzen (ein paar schwarze Schafe) stehen. Der Aufwand, mit dem diese schwarzen Schafe in die Schranken gewiesen werden sollen, zeigt ziemlich anschaulich, dass man davon ausgeht, dass es ganz schön viele wären, gäbe es diese Schranken nicht. Dem mögen manche prinzipieller entgegenhalten, dass die Menschen nun mal so seien, es läge quasi in unserer Natur. Damit hat man aber erstens schon mal den Punkt eingesehen, dass es mit der Harmonie hier nicht so weit her ist. Zweitens ist der Satz „es ist halt so“ keine Erklärung, auch wenn er so daher kommt; zu den Gründen, warum Leute so aufeinander losgehen, wie sie hierzulande aufeinander losgehen, stehen oben ein paar Argumente.

### *Kaufkraft*

Mit digitalen Unterschriften hat man erst einmal nur die Seite des Geldes am Wickel, welche die Beziehung zwischen Anna und Bernd betrifft. Aber wenn es um Geld geht, ist auch Annas Beziehung zum



Rest der Gesellschaft wichtig. Die Frage ist nämlich, wie viel Kaufkraft Anna insgesamt hat. Physisches Geld, also eine Banknote, kann Anna nicht verwenden, um zwei verschiedene Leute auf einmal zu bezahlen. Mehrfachausgeben desselben Geldes gibt es nicht. Ihre Kaufkraft ist auf das beschränkt, was sie an Geld besitzt.

Wenn es nun aber um virtuelle Währungen geht, die mit digitalen Unterschriften gesichert sind, hält jedoch Anna erst mal nichts davon ab, viele Verträge auf einmal zu unterschreiben, um ihr Eigentum mehrfach zu übertragen. Sie kann das, weil sie selbst es ist, die unterschreibt. In diesem Fall würde sie Verträge unterschreiben, die besagen, dass oxABCD nun gleichzeitig Bernd, Christian, Eva und so weiter gehören.

Der zentrale technische Durchbruch von Bitcoin ist, dieses Problem des Mehrfachausgebens gelöst zu haben – und zwar ohne eine Zentralbehörde zu brauchen. Das ist ein Fortschritt gegenüber allen früheren Ansätzen für digitales Geld, die auf irgendeiner Art von Zentralstelle aufbauten. Diese stellte sicher, dass Anna ihr Geld nicht mehr als einmal ausgeben kann, indem alle Transaktionen über diese Zentralstelle abwickelt werden.

Das Problem wird im Bitcoin-Netzwerk dadurch gelöst, dass alle Transaktionen öffentlich sind. Also anstatt Annas Vertrag einfach an Bernd zu schicken, wird dieser von Annas Software im Netzwerk veröffentlicht. Anschließend unterschreibt die Software eines anderen Teilnehmers im Netzwerk dass sie diesen Vertrag gesehen hat. Jemand fungiert bei dieser Unterschrift also als Notar, unterschreibt die Unterschrift von Anna und bezeugt damit die Transaktion. Ehrliche Zeugen unterschreiben nur das erstmalige Ausgeben eines Bitcoins und verweigern ihre Unterschrift bei weiteren Versuchen derselben Person, denselben

Bitcoin gegen die Regeln noch einmal ausgeben zu wollen. Sie bestätigen, dass Anna das Geld, welches sie ausgibt, auch tatsächlich besitzt. Die Unterschrift dieses Zeugen wird auch wieder veröffentlicht. All diese eben beschriebenen Vorgänge werden von der Software übrigens im Hintergrund automatisch erledigt.

Allerdings könnte sich Anna einfach mit Christian zusammentun und ihn bitten, all ihre Verträge zu unterschreiben, egal ob sie ihr Geld mehrfach ausgibt. Sie würde damit also ein falsches Zeugnis von einem unehrlichen Zeugen bekommen. Dies wird im Bitcoin-Netzwerk dadurch verhindert, dass ein Zeuge zufällig für alle Transaktion zu einem bestimmten Zeitpunkt gewählt wird. Also kann sich Anna gar keinen Zeugen aussuchen. Diese zufällige Auswahl wird als eine Art Lotterie organisiert. Die Teilnehmer konkurrieren um das Recht, Zeuge für den aktuellen Zeitraum zu werden. Als Einsatz müssen sie dafür Rechenzeit auf ihren Computern zur Verfügung stellen. Diese wird dazu verwendet, Lösungen für ein mathematisches Rätsel zu finden. Dieses Rätsel ist so konstruiert, dass es die beste Strategie ist, zufällige Lösungen auszuprobieren. Wendet man dafür mehr Rechenzeit auf, erhöht man seine Chance, ausgewählt zu werden. Um jedoch eine ordentliche Wahrscheinlichkeit zu haben als Zeuge ausgewählt zu werden und zu gewinnen, bräuchte man so viel Rechenzeit, wie ungefähr der Rest des Bitcoin-Netzwerks zusammen.

Eine Nebenwirkung von diesem Ansatz ist natürlich, dass viele Computer im Bitcoin-Netzwerk Rechenzeit für das Lösen dieser Aufgaben verschwenden, nur um die Lotterie zu gewinnen. Wie dem auch sei, Anna und Christian müssten erhebliche Rechenzeit aufwenden, um diese Lotterie zu gewinnen. Zu viel, als dass es sich lohnen würde – zumindest ist

das die Hoffnung. Betrug in diesem Sinne ist somit unwahrscheinlich, weil ehrliche, nämlich zufällig ausgewählte, Zeugen Fälschungen zurückweisen werden.

### *Falschgeld*

Was aber ist nun eigentlich Falschgeld und warum ist das eigentlich so schlimm? So schlimm, dass erheblicher Aufwand dafür betrieben und Rechenzeit verschwendet wird, um sein Aufkommen zu verhindern? Unmittelbar verhält sich Falschgeld nicht viel anders als echtes Geld: Man kann damit Dinge kaufen und Rechnungen bezahlen. Das ist ja genau das Problem. Es ist erst einmal von echtem Geld nicht zu unterscheiden, andernfalls würden Leute es ja auch nicht akzeptieren. Mit normalem Geld und Falschgeld zusammen steht allerdings mehr Geld derselben Warenmenge gegenüber, der Wert des Geldes könnte also sinken.

Was ist also dieser Wert des Geldes? Was bedeutet es, dass Geld Wert hat? Es bedeutet Kaufkraft zu haben und damit Zugriffsmacht auf den gesellschaftlichen Reichtum. Erinnern wir uns, dass Anna und Bernd beide ihr mehr oder weniger armseliges Eigentum haben. Wollen sie was damit anfangen, treten in ein Tauschverhältnis zueinander; sie geben ihre Dinge nicht einfach her, nur weil jemand anders sie braucht. Sie bestehen auf ihrem Recht, über ihr eigenes privates Eigentum zu verfügen. Unter diesen Umständen nun ist Geld die einzige Möglichkeit, um an des anderen Dinge zu kommen. Geld „überzeugt“ die andere Seite, dieser Transaktion zuzustimmen. Zugriff auf Privateigentum eines anderen zu erlangen, ist auf der Basis von staatlicher Privateigentumsgarantie nur möglich, indem man sein eigenes zum Tausch anbietet. Auf wie viel Reichtum jemand in der Gesellschaft

zugreifen kann, wird dabei in Geld gezählt. Damit wird Privateigentum als solches gemessen. Es wird darin ausgedrückt, von wie viel Reichtum als solchem jemand Gebrauch machen kann. Also nicht nur Kaffee oder Schuhe, sondern Kaffee, Schuhe, Gebäude, Dienstleistungen, Arbeitskraft, fast alles. Auf der anderen Seite wird in Geld aber auch angegeben, wie viel Reichtum mein Kaffee wert ist. Kaffee ist nicht nur Kaffee, sondern ein Mittel Zugang zu all den anderen Waren auf dem Markt zu bekommen. Er wird gegen Geld eingetauscht, so dass man damit Sachen kaufen kann. Der Preis von Kaffee drückt aus, auf wie viel Kram ganz generell – und eben nicht nur Kaffee – man zugreifen kann. Ganz klar, dass unter diesen sozialen Umständen, also dem freien und gleichen Tausch, diejenigen, die nichts haben, auch nichts bekommen. Alles in allem zeigt das Geld auf meinem Konto an, wie viel ich mir leisten kann – also die Grenze meiner Zugriffsmacht. Denn es zeigt nicht nur an, was ich mit leisten kann, sondern auch, was jenseits der Macht in meinem Geldbeutel liegt. Anders ausgedrückt: von wie viel Reichtum ich ausgeschlossen bin.

Geld ist Macht, die man in seiner Tasche tragen kann. Es drückt aus, wie viel Kontrolle über Land, Menschen, Maschinen, Produkte usw. ich habe. Daher macht eine Fälschung den Zweck des Geldes zunichte. Es verwandelt diese Grenze, diese Größe in eine unendliche Anzahl von Möglichkeiten. Alles ist im Prinzip verfügbar – und zwar nur, weil ich es will. Wenn jeder unendliche Macht hätte, verlöre Macht ihre Bedeutung. Es würde nicht zahlungskräftige Nachfrage zählen, sondern einfach die Tatsache, dass Bedarf besteht.

Zusammengefasst ist Geld ein Ausdruck von bestimmten sozialen Verhältnissen und nicht von Ko-

operation ganz generell. Solche sozialen Verhältnisse nämlich, in denen Privateigentum die Bedürfnisse von den Mitteln ihrer Befriedigung trennt. Damit Geld diese Qualität des Privateigentums vermitteln kann, ist es zwingend erforderlich, dass ich nur das ausgeben kann, was ich auch besitze. Diese Qualität und die damit einhergehende Ignoranz und Brutalität gegenüber den Bedürfnissen muss gewaltsam von Staat und Polizei durchgesetzt werden. Im Internet, wo es schwierig ist, jemandes habhaft zu werden, wird dies durch ein sorgfältig ausgearbeitetes Protokoll von Zeugen, Zufälligkeit und schweren mathematischen Problemen gelöst.

### *Der Wert von Geld*

Es bleiben zwei Probleme übrig:

1. Wie kommt neues Bitcoin Geld in die Welt (bis jetzt haben wir ja nur den Transfer behandelt)?
2. Wie werden die Teilnehmer überzeugt Rechenzeit aufzuwenden um Transaktionszeuge zu werden?

Letzteres Problem wird im Bitcoin-Protokoll durch das Erste gelöst. Um die Teilnehmer nämlich dazu zu bewegen, Rechenzeit zur Überprüfung von Transaktionen bereitzustellen, werden diese mit einer bestimmten Anzahl an Bitcoins belohnt, wenn sie als Zeuge gezogen werden. Momentan bekommen sie jedes Mal, wenn sie gezogen werden, 50 BTC und darüber hinaus noch Transaktionsgebühren für jedes Geschäft, das sie bezeugen. Das ist die Antwort auf die Frage, wie neue Bitcoins erzeugt werden: Sie werden „abgebaut“, wie das Lotteriegewinnen im Bitcoin-Netzwerk heißt.

Im Bitcoin-Netzwerk „fällt“ das Geld also „einfach vom Himmel“, indem Computer ziemlich sinn-

lose mathematische Rätsel lösen. Entscheidend ist, dass sich das mathematische Rätsel nur mit erheblichem Aufwand lösen lässt. Worauf es letztendlich ankommt, wenn es darum geht, ob Bitcoin als Geld zählt: Händler müssen sich auf Bitcoin als Geld beziehen und es auch so benutzen. Wie es auf die Welt kam, ist dabei zweitrangig.<sup>25</sup>

### *Vom Himmel gefallen: Bitcoin, Kreditgeld und Kapitalismus*

Die Anzahl an Bitcoins, die man als Zeuge verdient, werden in Zukunft jedoch weniger. Sie wird alle vier Jahre halbiert, ab 2012 gibt es nur noch 25 BTC pro Lotteriegewinn, irgendwann ist das dann Null.<sup>26</sup> So kommen da am Ende 21 Millionen raus, mehr werden nie „abgebaut“.

Es gibt keinen technischen Grund für dieses Beschränkung. Weder für die Höchstgrenze von 21 Millionen, noch für eine Grenze überhaupt. Man könnte einfach Bitcoins weiter in einem konstanten Maß produzieren, ein Maß, dass auf der wirtschaftlichen Aktivität der letzten Woche basiert oder dem Alter des Chefentwicklers. Es ist eine willkürlich festgelegte Zahl und Grenze. Die Motivation für diese Entscheidung basiert jedoch auf der Annahme, dass eine begrenzte Geldmenge zu einer besseren Wirtschaft führen würde. Wobei „besser“ hier „fairer“, stabiler und frei von staatlicher Einmischung bedeutet. Liberale Bitcoin-Anhänger und Entwickler behaupten, dass Staaten durch das Drucken von Geld über ihre Zentralbanken die Währung abwerten würden und ihre Bürger um deren Reichtum betrügen. Sie behaupten auch, dass das Prinzip des freien Marktes dadurch verletzt würde, dass Staaten (und manchmal auch die Banken) Geld aus dem Nichts schaffen würden, da

<sup>25</sup> Manchen, die *Das Kapital* von Karl Marx gelesen haben, könnte jetzt einfallen, dass dies implizieren würde, das Bitcoin auf einem Wertkonzept aufbaue, dessen Substanz nicht vergegenständlichte abstrakt menschliche Arbeit sei. Viel eher würde es auf dem Wert von abstrakter Computerarbeit oder etwas ganz anderem beruhen. Dieser Einwand beruht jedoch auf einem Missverständnis. Mit Rechenzeit verdient man, wenn man Glück hat, 50 BTC. Dies ist jedoch nur eine bedeutungslose Nummer. Was man mit 50 BTC anstellen kann, wie viel Verfügungsmacht oder Befehlsgewalt über sozialen Reichtum diese repräsentieren, ist eine ganz andere Sache. 50 BTC haben Wert, weil sie auf gesellschaftlichen Reichtum zugreifen und nicht, weil ein Computer zufällig die richtige Nummer ausgewählt hat. Für die Wertbestimmung ist es nicht zuerst wichtig, wie das Geld in die Gesellschaft kommt, sondern als was es in dieser gilt.

<sup>26</sup> Die Idee ist, dass man dann Rechenzeit zur Verfügung stellt, um an den Transaktionsgebühren zu verdienen. Diese sollen graduell wachsen, da das Transaktionsvolumen zunimmt.

dies auf Monopol statt auf Wettbewerb basiere. Daher hat Satoshi Nakamoto, inspiriert von natürlichen Ressourcen wie zum Beispiel Gold entschieden, die Anzahl von Bitcoins, die jemals „abgebaut“ werden, auf 21 Millionen zu begrenzen.

Auf Grund dieser Tatsache machen viele Experten direkt den Übergang zur Diskussion der „Deflationsspirale“. Also ob diese Entscheidung den Untergang der Währung qua Deflation, dem Ansteigen des Geldwertes, bedeuten würde. Ihnen stellt sich die Frage gar nicht erst, warum moderne Währungen Kreditgeld sind und eben keine Obergrenze haben.<sup>27</sup> Sie fragen nicht, wie Kreditgeld zustande kommt, ob und wie es zur kapitalistischen Wirtschaft passt und warum der Goldstandard aufgegeben wurde. Sie sind nicht daran interessiert, zu erklären, warum die Welt so ist, wie sie ist, sondern setzen ihr Ideal dagegen. Deswegen übersehen sie auch, was wohl passieren würde, wenn Bitcoin sich als Währung etablieren würde. Es spricht viel dafür, dass Deflation kein Problem wäre, sondern sich auf der Grundlage von Bitcoins ein neues Kreditsystem entwickeln würde.

### *Wachstum*

Kapitalistische Unternehmen investieren Geld, um mehr Geld zu verdienen, also um Profit zu machen. Sie kaufen Dinge, wie Güter oder Arbeitskräfte, lassen diese „arbeiten“ und verkaufen die Erzeugnisse für mehr Geld, als sie vorher eingesetzt haben. Sie kaufen, produzieren und verkaufen.<sup>28</sup> Je schneller jeder einzelne dieser Schritte vollzogen wird, desto schneller landet das eingesetzte Geld wieder in der Tasche des Unternehmers, desto schneller wird Profit gemacht und desto schneller können neue Investitionen getätigt werden, die dann wiederum für mehr

<sup>27</sup> Wem Kreditgeld nichts sagt, der mag sich darunter Geld vorstellen, welches nicht zum Beispiel einen bestimmten Batzen Gold repräsentiert, sondern das von einer Zentralbank einfach „gedruckt“ wird. Alle modernen Gelder sind so.

<sup>28</sup> Manche Unternehmen, wie zum Beispiel Kaufhausketten, kaufen und verkaufen nur, das macht hier aber keinen Unterschied.

Gewinn sorgen können. Auf das Wachstum kommt es an. Natürlich spielt die absolute Menge an Geld zwar eine Rolle: Mehr Geld bedeutet eine bessere Basis für mehr Vermehrung. Kapitalistischer Erfolg wird aber entscheidend nicht am absoluten Bankguthaben einer Firma gemessen, sondern am Unterschied zwischen Einsatz und Ertrag bzw. Überschuss. Für ein kapitalistisches Unternehmen ist schließlich Geld ein Mittel und gleichzeitig mehr Reichtum, in Geld ausgedrückt, das Ziel.

Damit haben die liberalen Bitcoin-Anhänger auch gar kein Problem. Während Bitcoin momentan hauptsächlich zum Kauf von Konsumgütern verwendet wird, hoffen sie darauf, dass eines Tages so etwas wie Bitcoin den US-Dollar und andere Währungen ersetzen wird, die von einer Zentralbank kontrolliert werden. Bitcoin soll eine Währung sein, in der ernsthafte Geschäft abgewickelt werden können.

Das unterscheidet Bitcoin von anderen virtuellen Währungen wie dem Linden-Dollar oder dem Gold im Online-Spiel World of Warcraft. Diese Spielgelder sind dazu da, um Dinge im eingeschränkten Bereich einer virtuellen Welt zu kaufen oder verkaufen. Bitcoin ist hingegen im Prinzip für jeden Erwerb (im Internet) brauchbar. Bitcoin soll Geld sein und nicht irgendein Zirkulationsmittel in einer virtuellen Realität.

### *Kredit*

Weil das Geld bloß ein Mittel ist, soll das Fehlen von Geld auch kein ausreichender Grund sein, damit dessen Vermehren nicht mehr klappt. Mit der Verfügbarkeit von Kreditgeld, Banken und dem modernen Bankwesen, ist klar: Man kann sich Geld leihen und losproduzieren lassen mit der Erwartung, dass man später mehr hat. Man kann sich aber ja mal vorstel-



len, dass es das alles nicht gibt. Auch in diesem Fall sind Unternehmen (oder Abteilungen von Unternehmen) notwendigerweise in verschiedenen Stadien ihres Akkumulationsprozesses, ihres Bestrebens, mehr und mehr Geldmacht bei sich anzuhäufen. Einige fangen vielleicht gerade erst an, große Warenmengen zu verkaufen, während andere Maschinen erstehen oder Arbeiter einkaufen wollen. Einige Firmen haben Geld, dass sie gerade nicht ausgeben können, während wieder andere gerade Geld brauchen. Damit entsteht sowohl das Mittel als auch der Bedarf nach Kredit. Wenn ein Unternehmen A z.B. 100 BTC investiert und damit 10 BTC Gewinn erwirtschaften will, es aber nur 70 BTC hat, könnte es sich 30 BTC von einer anderen Firma zu einem Zinssatz von 10% leihen. Selbst abzüglich der 3 BTC Zinsen würde es noch Gewinn machen, nämlich  $10 - 3 = 7$  BTC Gewinn. Für das Unternehmen B, welches 30 BTC verleiht, ist dieses Geschäft, sollte es erfolgreich sein, auch lohnend. Das ist besser, als das Geld einfach zu behalten, denn dann würde es genau nichts einbringen. Wenn es ums Wachstum geht, dann ist es eine schlechte Geschäftsentscheidung, Geld einfach herumliegen zu lassen, während jemand anders es investieren und vermehren könnte und man selbst etwas von diesem Kuchen abbekäme. Diese einfache Form von Kredit entwickelt sich spontan unter den Bedingungen des freien Marktes. Das wissen auch die Bitcoin-Anhänger: Im Jahr 2011 gab es mehrere Versuche, Kreditgenossenschaften zu gründen, um das Geld mehrerer Leute zu bündeln und weiterzuverleihen – natürlich gegen Zinsen.

Weiterhin ist Erfolg unter dem Diktat des freien Marktes abhängig davon, wie viel Geld jemand mobilisieren kann. Je mehr Geld ein Unternehmen investieren kann, desto besser sind seine Erfolgschancen und desto höher der (potentielle) Ertrag auf dem

Markt. Bessere Technologie, Produktionsmethoden, Verträge zum Vertrieb und die Ausbildung der Arbeiter, all diese Dinge stehen zur Verfügung – für einen Preis, versteht sich. Mit der Möglichkeit des Kredits kommt also auch die Notwendigkeit des Kredits in die Welt. Wenn Masse von Geld das einzige ist, was man für den Erfolg oder wenigstens seine Möglichkeit braucht, und wenn die Verfügung über Geld auch wieder für Geld, also Zins zu kaufen ist, dann muss jede Firma von ihren Konkurrenten erwarten, dass sie sich Geld leihen und mit der nächsten Investition den Markt aufräumen. Schlauerweise bemühen sie sich unter diesen Bedingungen um einen Kredit, um diejenige zu sein, die die nächste Investitionsrunde startet. Dies motiviert natürlich die Konkurrenz wiederum dazu, dasselbe zu tun. Die Verfügbarkeit von Kredit schafft so die Basis für das große Kreditgeschäft, da die Nachfrage nach Kredit mehr Nachfrage nach Kredit schafft.

Sogar ohne modernes Bankwesen oder Kreditgeld, also selbst wenn noch mit Gold bezahlt würde, kann man zwei Beobachtungen über die Beziehung vom Kapital zum Geld und zur Geldversorgung machen:

Wenn ein Unternehmen A einem anderen Unternehmen B Geld leiht, wird dadurch die Menge an aktiven Zahlungsmitteln in der Gesellschaft erhöht. Geld, welches sonst einfach nur herumliegen würde, weil es nicht auf dem Markt wäre und für nichts gebraucht würde, wird benutzt und in Umlauf gebracht. Mehr Geld steht der gleichen Menge an Waren gegenüber, ohne dass eine einzige neue Banknote gedruckt oder ein einziger neuer Bitcoin „abgebaut“ würde. Das heißt, die aktive Geldmenge in einer Gesellschaft ist nicht fest, selbst wenn Gold Geld ist und selbst wenn sich der Wert des Geldes nicht ändert.

Stattdessen reguliert das Kapital die Geldversorgung selbst, und zwar so wie sie zu seinen Geschäfts-

bedürfnissen passt: Firmen „aktivieren“ mehr Geld, wenn sie eine bestimmte Investition als lohnend betrachten. Für sie ist die richtige Menge Geld jene Menge, die es wert ist, investiert zu werden. Geld, das dazu verwendet werden kann, mehr Geld zu machen – und das ist eben das erste und zentrale „Bedürfnis“ des Kapitals.<sup>29</sup>

### *Wachstum garantiert Geld*

Wenn jemand Geld zur Bank oder zu irgendeiner Kreditgenossenschaft bringt oder es einfach jemand anderem leiht, um Zinsen zu verdienen, ist der Wert dieses Geldes für den Kreditgeber nur garantiert durch den ökonomischen Erfolg des Kreditnehmers. Wenn der Schuldner pleite geht, ist das Geld weg. Unabhängig von Geldsubstanz hängt der Kredit am Erfolg.

Um sich vor einem Ausfall zu schützen, verlangen Kreditgeber Sicherheiten. Etwa irgendeinen Vermögenswert, der im Falle eines Kreditausfalls abgetreten werden muss. Wenn nun andererseits Kredit durchschnittlich erfolgreiches Geschäft bedeutet, dann ist ein Schuldschein selbst ein solcher Vermögenswert. Wenn Anna Bernd etwas schuldet und Bernd einen Kredit bei Christian beantragt, kann er Annas Schuldschein als Sicherheit verwenden. Wenn Bernd dann nicht zahlen kann, bekommt Christian das, was Anna Bernd schuldet. Wenn Kredit seine Bestimmung erfüllt und Wachstum anschiebt, dann werden Schulden selbst zu einem Vermögenswert, fast so gut wie schon verdientes Geld. Schließlich soll dieses in Zukunft ja verdient werden. Zahlungsversprechen bekommen – und bekamen auch schon in der Vergangenheit – die Eigenschaft, Zahlungsmittel zu sein.

Christian kann nun Kredit bei Eva beantragen, indem er wieder Annas Schuldschein als Sicherheit be-

<sup>29</sup> Übrigens: Wenn Firmen, die Kredite aufnehmen, letztlich durchschnittlich erfolgreich sind, produzieren sie mehr Waren und Dienstleistungen. Mehr Waren, die der Geldmenge gegenüberstehen. Daher bedeutet ein Anstieg des Geldvorrats, also der Verfügungsmacht auf gesellschaftlichen Reichtum, nicht notwendigerweise Inflation, wie von vielen Bitcoin-Anhängern angenommen.

nutzt. So entstehen Kreditketten, in denen es Annas Erfolg braucht, damit eine ganze Reihe von Kreditgeschäften funktionieren. All das ohne modernes Bankwesen oder Kreditgeld. Diese Kreditverhältnisse entwickeln sich spontan unter den Bedingungen des freien Marktes und man kann sie nur verhindern, indem man solche Praktiken verbietet: den Markt reguliert – also genau das tut, was liberale Bitcoin-Anhänger nicht wollen.

Das Ersetzen von Geld durch solche Sicherheiten bleibt jedoch zeitlich begrenzt. In einer Kreditkrise oder Rezession zerstört jede bankrotte Schuldnerin das Geld in den Händen all derer, die nach ihr in der Kreditkette kommen. Annas Pleite gefährdet Bernds, Christians und Evas Geschäfte. Ihre Sicherheiten sind dahin. Im allerschlimmsten Fall würden die Zahlungsmittel, die der Gesellschaft zur Verfügung stehen, wieder auf das harte Geld reduziert werden, was der Kredit ja eigentlich ersetzen sollte. Nur weil es an Bargeld fehlt (Gold, Bitcoin ...), ist die ganze Konstruktion gefährdet, also die Konstruktion, dass Wachstum die Geldmenge regelt und das Geld garantiert. In einer Krise ist die Bestimmung von Kredit, Geld zu ersetzen, kaputt.

### *Zentralbanken*

Hier kommen die Zentralbanken ins Spiel. Sie ersetzen die Geldsubstanz von Geld mit etwas, was zu seinem Zweck passt: Ein Geld nämlich, dessen Wert vom Wachstum, das es anschiebt, garantiert wird. Mit der Einführung der Zentralbanken wird die Wirtschaft von den Beschränkungen des Goldschatzes befreit. Wenn es ein lohnendes Geschäft gibt, dann gibt es dafür Geld – Geld, das sich nach den Bedürfnissen des Kapitals richtet. Etwas, was das Kapital vor-

her mit Geld gemacht hat, ist nun „eingebaut“. Von den Zentralbanken können sich die Privatbanken jederzeit Geld leihen (manchmal sogar „kaufen“). Alles Geld in der Gesellschaft hat nun also nicht nur den Zweck, Wachstum anzuregen, sondern auch die explizite Notwendigkeit. Es ist geliehen von der Zentralbank und muss sich vermehren, um die Zinsen bedienen zu können. Der Wert von modernem Kreditgeld ist bloß von seiner Eigenschaft gedeckt, kapitalistisches Wachstum anzuschieben. Wenn es dieses Wachstum anschiebt – und nur dann –, erfüllt Geld seine Funktion.

### *Fazit*

Ein systematischer Gegensatz von Interessen, der resultierende Ausschluss vom Reichtum, die Unterwerfung von allem unter das kapitalistische Wachstum – so sieht eine Gesellschaft aus, in der Tausch, Geld und Privateigentum die Produktion und den Konsum bestimmen. Das ändert sich auch nicht, wenn dieses Geld seine Substanz in Gold oder Bitcoins statt in Kredit hat. Armut gibt es in dieser Gesellschaft nicht, weil es Kreditgeld gibt, sondern sie hat ihren systematischen Grund in Tausch, Geld und Wirtschaftswachstum. Das mag die marktradikalen Liberalen nicht stören, aber das sollte schon Kritik von Linken stoßen, die sich zum Teil auch für Bitcoin begeistern.



*Freies Eigentum –*

*Gesellschaftskritik in der Form  
einer Softwarelizenz*

Die Open-Source/Freie-Software-Bewegung genießt unter Linken einen relativ guten Ruf.<sup>30</sup> Schuld daran ist nicht nur, dass deren Entwickler Dinge, für die man sonst zahlen muss, kostenlos zur Verfügung stellen, sondern auch, dass die Bewegung in Opposition und deren Erzeugnisse sogar als praktischer Gegenentwurf zum kapitalistischen Privateigentum vorgestellt werden. Darum untersucht dieser Text den augenscheinlichen Widerspruch, dass eine Lizenz – also die Behauptung eines Eigentumstitels – allgemeinen Zugang garantiert; und dass dieses Modell von weltweit führenden IT Konzernen angenommen und unterstützt wird. Anders gefragt, steht das Konzept Open Source wirklich im Gegensatz zu den herrschenden Eigentumsverhältnissen?

### *Immaterielle Güter sind anders ...*

In der Tat, einige Vertreter dieser Bewegung scheinen sich am Eigentum zu stören, zumindest wenn es Software, Patente und Texte betrifft. Es gibt in der Sache ja durchaus einen Unterschied zwischen physischen und sogenannten „immateriellen“ Gütern.

Wenn jemand mein Fahrrad benutzt, kann ich es nicht gleichzeitig verwenden. Ideen aber – wie sie zum Beispiel in diesem Text vorkommen – die kann man verbreiten und mit anderen teilen, ohne dass man davon weniger hat. Wir wissen vom Inhalt dieses Textes nicht weniger, wenn die LeserInnen nach dem Lesen mehr darüber wissen. Aber immerhin: Ihn zu lesen, zu verstehen, Fehler zu finden, die wir vielleicht darin gemacht haben, ist jedes Mal intellektueller Aufwand – eine Tätigkeit also, die Zeit kostet und Voraussetzungen hat, z.B. die Fähigkeit Lesen zu können. Ganz „umsonst“ und ohne Voraussetzungen geht das mit dem Verbreiten also nicht. Dennoch, der

<sup>30</sup> In der Szene tobt ein teilweise erbitterter Streit um die Frage, ob man nun „Open Source“ Software oder „Freie Software“ entwickle. Das erste ist ein Modell zur Softwareentwicklung, das zweite ist ein umfassenderer Ansatz zum Thema Software und was man mit dieser machen können soll. Wir benutzen in diesem Text die Bezeichnung „Open Source“ ganz einfach, weil sie besser bekannt ist. Korrekterweise müssten wir „Freie Software“ schreiben, da unsere Kritik den umfassenderen Anspruch dieser Bewegung betrifft und nicht das schlichte Projekt, das Entwickeln von Software effektiver zu gestalten.



Text als solcher, und damit die darin enthaltene Information, hat die Eigenschaft, dass man ihn ohne Informationsverlust beliebig oft kopieren (und damit auch übertragen, darstellen, verfügbar machen, kurz: benutzbar machen) kann. Wenn bestimmte Voraussetzungen einmal vorhanden sind (Computer, das Internet), kann man eine Datei, die den Text enthält, billig vervielfältigen – der Aufwand dafür wird dann so gering, dass er irgendwann für den Einzelnen praktisch gleich Null ist.

*... und das Eigentum an ihnen fällt anders auf*

Auf hin- und herschwirrende Ideen, auf Dateien oder andere digitale „Informationsbehälter“ einen Eigentumstitel zu kleben, erscheint so als eine Einschränkung, die „künstlich“ ist, die nicht sein müsste – alleine schon deshalb, weil man es gewöhnt ist, diese Dateien zu kopieren. Hier fällt auf: Eigentum zu sein ist keine Eigenschaft dieser Sachen selbst, klebt also nicht natürlicherweise oder notwendigerweise an diesen Dingen. Was dabei noch auffällt, ist, dass manche Dateien, z.B. Musiktitel, nicht kopiert werden dürfen. Es gibt ein *Verbot*, diese weiterzugeben. Und das scheint bei Dateien nochmal besonders abstrus, da der Inhalt durch das Weitergeben nicht verändert oder beschädigt wird. Beim „digitalen Eigentum“ erscheint also anders, nämlich deutlicher, dass die staatliche Gewalt mit ihren Patent-, Urheber- und sonstigen Rechten die Benutzung einschränkt. Das Eigentum erscheint hier klar als das, was es ist: als eine Schranke.

Mehr noch, die Resultate von Wissenschaft und Technik waren schon lange vor dem Beginn der digitalen Datenverarbeitung Gemeinschaftsprodukte in dem Sinne, dass noch die kleinste neue Entdeckung

oder Erfindung auf so zahlreichen anderen Entdeckungen und Erfindungen aufbaute, dass der jeweilige Urheber nur bei einem Bruchteil dieser notwendigen (im-)materiellen Voraussetzungen weiß, wo sie herkommen. Mathematische Erkenntnisse bauen auf anderen mathematischen Erkenntnissen auf, Software basiert auf Ideen anderer Softwarepakete oder gleich ganzen anderen Paketen.<sup>31</sup>

Um mit Erkenntnissen und Technologie voranzukommen, braucht man also Zugang zu dem, was es schon gibt. Wenn heute immer wieder Eigentumstitel verteidigt und genutzt werden, wenn also der Zugang und die Anwendbarkeit vorhandener Informationen gesetzlich beschränkt wird, dann ist das ein Hindernis für die Entwicklung neuer Ideen. Eigentum erscheint als eine willkürliche Trennung dessen, was doch notwendig aufeinander verwiesen ist: Es ist nicht nur eine Schranke, welche verhindert an bestehende Dinge oder vorhandenes Wissen zu kommen, sondern auch ein Hindernis für die Entdeckung und Entwicklung neuer Sachen.

### *Eigentumslosigkeit als Norm*

Das Konzept Open Source ist zusammen mit der Entwicklung von Großrechnern, PCs und Internet entstanden und hat diese Entwicklung selbst vorangebracht. Ausgangspunkt der Open-Source-Bewegung war die Wertschätzung besonderer Eigenschaften digitaler Güter, insbesondere die verlustfreie Reproduzierbarkeit und die damit verbundenen Vorteile bei der gemeinsamen Bearbeitung von Code. Die Protagonisten dieser Bewegung wussten sich diese Eigenschaften bei ihrer Arbeit zunutze zu machen und beschäftigten sich mit den Voraussetzungen dafür. Die Beschäftigung mit diesem Thema war neu, denn am

<sup>31</sup> Bei der Softwareproduktion ist es – vernünftigerweise – üblich, häufig genutzte Funktionen in separate Pakete auszulagern, die man dann in verschiedenen Produkten benutzt. Die Dinge, in die solche Funktionen ausgelagert werden, heißen treffend Bibliotheken.

Anfang der praktischen Informatik, so ab den 1950er Jahren, war der freie Zugang und die de facto uneingeschränkte Benutzbarkeit aller benötigten Informationen – zumindest was Software anging – selbstverständlich. Jedenfalls für Leute mit dem entsprechenden Wissen, die an einschlägigen, gut ausgestatteten Forschungseinrichtungen arbeiteten. Software wurde schlicht als Gratiszugabe zu massiven, teuren Großrechnern angesehen und entsprechend offen verteilt, studiert und verändert.

Erst ab Ende der 1970er Jahre entwickelte sich ein Markt für proprietäre Software – also Software, die man nicht einfach verbreiten und verändern darf. Firmen wie Microsoft begannen, mit dem Verkauf von Software und insbesondere von Lizenzen für die Benutzung von Software ein Geschäft zu machen.<sup>32</sup> Gegen diese neue Bewegung traten Leute wie Richard Stallman – Gründer des GNU Projekts, welches die bekannteste Open-Source-Lizenz, die General Public License (GPL), heraus gibt – an, um den Status quo zu bewahren. Stallman und seine KollegInnen entwickelten Software gemeinsam und bestanden darauf, dass andere ihre Produkte studieren, benutzen und weiterverbreiten dürfen sollen. Das ist, vom Standpunkt der planvollen Produktion nützlicher Dinge betrachtet, eine vernünftige Sache.

<sup>32</sup> Bill Gates' Brief an den Homebrew Computer Club ist ein interessantes Dokument der Zeitgeschichte, in dem man gut nachlesen kann, dass es zu Beginn der neuen Entwicklung durchaus notwendig war, diese Privatisierung zu rechtfertigen: <http://goo.gl/fERzK> (digibarn.com)

### *Eigentum – eine Norm für die Welt der physischen Dinge?*

Das GNU-Projekt war der Ursprung der Open-Source-Bewegung. Dieser Bewegung ist heute wichtig, dass aus den sachlichen Besonderheiten immaterieller Güter folge, dass das Eigentum für diese Güter eine geringere oder andere Rolle spielen müsse als für andere – materielle – Sachen.

Zum Beispiel schreibt die Piratenpartei in ihrem Grundsatzprogramm: „Systeme, welche auf einer technischen Ebene die Vervielfältigung von Werken be- oder verhindern (‚Kopierschutz‘, ‚DRM‘, usw.), verknappen **künstlich** deren Verfügbarkeit, um aus einem freien Gut ein wirtschaftliches zu machen. Die Schaffung von künstlichem Mangel aus rein wirtschaftlichen Interessen erscheint uns unmoralisch, daher lehnen wir diese Verfahren ab. (...) Wir sind der Überzeugung, dass die nichtkommerzielle Vervielfältigung und Nutzung von Werken als **natürlich** betrachtet werden sollte und die Interessen der meisten Urheber entgegen anders lautender Behauptungen von bestimmten Interessengruppen nicht negativ tangiert.“<sup>33</sup>

Was digitale Güter angeht, beklagen die Piraten also, dass dort Menschen qua Eigentumstitel „künstlich“ vom Benutzen abgehalten werden, entgegen der „natürlichen“ Eigenschaft von Information kopiert werden zu können: „information wants to be free“. Andererseits können sie dies bei materiellen Dingen so generell nicht feststellen, diese sind nach der Logik des Grundsatzprogramms durchaus von selbst „wirtschaftliche Güter“. Eine Annahme die den Verfassern so selbstverständlich zu sein scheint, dass sie dies nicht explizit erwähnen.

Das GNU-Projekt spricht den angenommenen Unterschied zwischen ideell und materiell explizit an: „Unsere Ideen und Intuitionen über das Eigentum an materiellen Dingen handeln davon, ob es richtig ist jemanden ein Objekt wegzunehmen. Sie betreffen das Kopieren nicht direkt. Eigentümer wollen aber, dass wir jene dennoch anwenden (...) Aber Leute im Allgemeinen haben wahrscheinlich nur Sympathien für die Beanspruchung von natürlichen Rechten aus zwei Gründen. Ein Grund ist eine **überdehnte Analogie**

<sup>33</sup> Piratenpartei, *Parteiprogramm*, <http://goo.gl/zyA2Z> (piratenpartei.de), Hervorhebungen von uns, letzter Zugriff November 2012.

mit materiellen Dingen. Wenn ich Spaghetti koche, dann erhebe ich Einspruch dagegen, wenn jemand anderes sie isst, weil ich sie dann nicht mehr essen kann. Seine Aktion schadet mir genauso viel wie sie ihm nützt; nur einer von uns kann die Spaghetti essen, die Frage ist, wer von uns? Der kleinste Unterschied zwischen uns ist genug um die ethische Balance zu stören. Aber wenn Du ein Programm, das ich geschrieben habe, ausführst oder veränderst, dann betrifft das Dich direkt und mich nur indirekt. Ob Du deinem Freund eine Kopie gibst, betrifft Dich und deinen Freund wesentlich mehr als es mich betrifft. Ich sollte nicht die Macht haben, Dir zu sagen das nicht zu tun. Niemand sollte das.“<sup>34</sup>

Die aufgemachte Trennung zwischen materiellen und ideellen Dingen im Bezug auf das Eigentum, stimmt aber so nicht.

1. Das GNU Projekt meint, dass der Unterschied zwischen Spaghetti und einem Programm sei, dass die Spaghetti nur von einer Person konsumiert werden können, während das bei Software nicht der Fall sei. Unter dem Regie des Eigentums ist erst einmal gleichgültig, ob der Eigentümer eine Sache benutzt oder nicht. Wenn Leute an Eigentum an materiellen Gütern denken, dann denken sie an ihre persönlichen Habseligkeiten, Dinge die sie mehr oder weniger regelmäßig brauchen. Das trifft aber das Eigentum nur am Rande, es funktioniert viel grundsätzlicher. Zum Beispiel werden besetzte Häuser geräumt und stehen dann wieder leer. Oder Waldstücke von Eigentümern werden eingezäunt, die in ganz anderen Gegenden wohnen. Die Frage, ob jemand eine Sache gebrauchen kann, stellt sich dank des Eigentumsverhältnisses so nicht. Das Eigentum an einer Sache gilt, ganz egal, ob der Eigentümer

<sup>34</sup> „Our ideas and intuitions about property for material objects are about whether it is right to take an object away from someone else. They don't directly apply to making a copy of something. But the owners ask us to apply them anyway. (...) But people in general are only likely to feel any sympathy with the natural rights claims for two reasons. One reason is an **overstretched analogy** with material objects. When I cook spaghetti, I do object if someone else eats it, because then I cannot eat it. His action hurts me exactly as much as it benefits him; only one of us can eat the spaghetti, so the question is, which one? The smallest distinction between us is enough to tip the ethical balance. But whether you run or change a program I wrote affects you directly and me only indirectly. Whether you give a copy to your friend affects you and your friend much more than it affects me. I shouldn't have the power to tell you not to do these things. No one should.“ – Richard Stallman, *Why Software Should Not Have Owners*, <http://goo.gl/qaVUg> (gnu.org), Hervorhebungen von uns, letzter Zugriff November 2012.

oder jemand anderes diese – zum Beispiel gegen Bezahlung – benutzt. Die absolute Verfügung über Reichtümer egal welcher Art und welchen Umfangs einklagbar zu machen, das ist das Privateigentum und es wird mit allen erforderlichen Mitteln vom Staat durchgesetzt. Egal ob materielles oder immaterielles Gut – den Regeln des Eigentums nach ist es erst einmal ziemlich egal, wer was wie benutzen will. Es stimmt schon, dass nur eine Person von einer Portion Spaghetti satt werden kann, aber unter dem Regime des Eigentums ist das besitzen Voraussetzung für das Benutzen, während das Benutzen wollen keinen Eigentumstitel etabliert. In dieser Hinsicht ist die Unterscheidung also Pustekuchen.

2. In einer Hinsicht spielt das Benutzenwollen aber schon eine Rolle – eine negative. Das Eigentum an einem Haus ist Ausdruck des Ausschlusses Dritter von der Benutzung des Hauses. Mit dem Haus selber kann man nämlich kein Eigentumsverhältnis eingehen, es ist nur ein Haus, nicht fähig zu einem Rechtsverhältnis. Genauso wie eine DVD mit „Windows“ darauf nicht unbedingt installiert werden darf, nur weil sie gerade herumliegt: Die Funktion eines Eigentumstitels ist ja gerade die, dass andere mein Eigentum nicht ohne mein Einverständnis benutzen dürfen, obwohl sie wollen und vielleicht auch unmittelbar physisch könnten. Das, was den Freunden der freien Software an digitalen Gütern auffällt, könnte ihnen am Eigentum an materiellen Dingen genauso auffallen: Eigentum ist ein Verhältnis zwischen Leuten, nicht zwischen Dingen und Leuten, und ein ziemlich negatives Verhältnis zwischen Leuten dazu. Eigentum wirkt als eine Schranke für die Benutzung, bei der es dar-

auf ankommt, dass der andere das, was meines ist, will, es aber, weil es meines ist, nicht (unmittelbar) bekommen kann. Die Eigentumsgarantie für materielle Dinge gibt es nicht obwohl, sondern weil andere die Eigentumsgegenstände wollen, brauchen, benötigen. Das Eigentum an Brot und erst recht an Brotfabriken ist deswegen relevant, weil andere Leute Hunger haben. Sonst bräuchte man den Ausschluss nicht zu garantieren.

3. Außerdem: Den harten Gegensatz zwischen materiell und immateriell bezüglich der Reproduzierbarkeit von Gütern gibt es nicht. Man kann materielle Dinge herstellen, was nichts anderes heißt, als die festgestellte Knappheit zu beseitigen. Es gibt nicht eine bestimmte (Maximal-)Anzahl von Brotmessern in der Welt, man kann mehr herstellen. Klar, dafür muss man dann was tun, aber einfach „knapp“ ist da nichts.<sup>35</sup> Zum Herstellen braucht man aber Zugang zu den Produktionsmitteln, die wiederum auch in privater Hand sind. Auch dabei ist gleichgültig, ob man sie „wirklich“ braucht oder ob sie gerade benutzt werden. Allerdings ist ein Unterschied zwischen Software und Brotmessern, dass die zeitgemäßen Produktionsmittel für Software inzwischen billige Massenprodukte sind und bei den meisten Leuten sowieso schon zu Hause herumstehen. Mit einem zehn Jahre alten Computer vom Sperrmüll kann man Software schreiben, die auf dem Stand der Technik ist.<sup>36</sup> Entsprechend braucht man in die Produktion von Software „nur“ Bildung und Arbeitszeit zu investieren, während man bei etwa bei Brotmessern von ihren Produktionsmitteln – auf dem Stand der Technik – ausgeschlossen ist. Dafür bräuchte es tatsächlich eine

<sup>35</sup> Deswegen ist es auch albern, wenn Ökonomen immer mit Strandhäusern und berühmten Gemälden um die Ecke kommen, um ihre Theorien zu bebildern. Sie wählen Beispiele, wo Dinge wirklich knapp sind, um damit Aussagen über Sachen wie Brote, Wohnungen, Autos und Kleidung zu machen. Anders gesagt, sie wählen sich als Beispiele, Sachen die man nicht einfach durch Produktion vermehren kann, um die Ökonomie, wo es ja anscheinend ständig darum geht, dass die Leute mehr ackern, zu erklären.

<sup>36</sup> Dieses Verhältnis ändert sich im Moment, so dass die Aussage in ein paar Jahren so nicht mehr stimmen könnte. Wenn Software auf vielen verteilten Rechnern läuft, die zusammen etwas berechnen, dann ist der 10 Jahre alte PC vielleicht nicht mehr das adäquate Produktionsmittel.

Brotmesserfabrik und die will erst einmal gekauft werden.

4. Die Produktionsmittel wiederum sind auch nicht einfach „knapp“, sondern auch größtenteils herstellbar. Zu den Produktionsmitteln bekommt man keinen Zugang, weil ihr Zweck für den Eigentümer ist, sich damit Zugang zu den Reichtümern der Gesellschaft zu verschaffen und darüber hinaus Geld zu vermehren. Er weiß ja, dass er sich mit anderen immer einigen muss, um an deren Produkte heranzukommen. Entsprechend benutzt er seine Fabrik – sowie Leute, die keine Fabriken haben, d.h. Arbeitskräfte – um etwas herstellen zu lassen, was er verkaufen kann. Mit dem Erlös kann er dann einkaufen gehen – am besten und in der Regel wieder Arbeitskräfte und Produktionsmittel, damit der Spaß wieder von vorne losgeht. Genau wie bei immateriellen Gütern ist man bei materiellen Gütern in einer arbeitsteiligen Gesellschaft auf die anderen angewiesen. Weil hier Eigentumsansprüche gelten, ist man aber von deren Produkten prinzipiell ausgeschlossen und so darauf verwiesen, den Bedarf anderer für sich auszunutzen. Die Absurdität anders auf den Punkt gebracht: Gerade weil man auf die anderen angewiesen ist, beharrt man auf deren Ausschluss. Wenn alle mir nur etwas geben, wenn ich ihnen etwas gebe, dann werde ich darauf schauen, dass ich das, was ich habe, auch dafür einsetze, dass ich was bekommen kann.

Eigentum hat den gleichen ausschließenden Charakter, unabhängig davon, ob es um materielle oder immaterielle Güter geht. Das sieht die Open-Source-Bewegung aber ganz anders – und teilt damit eine fatale Fehleinschätzung über den Kapitalismus mit so vielen anderen Menschen.



Nochmal anders formuliert: Der „linke Flügel“ der Open-Source-Bewegung beharrt auf einer strikten Trennung zwischen digitalen und materiellen Gütern, um damit das Eigentumsregime über digitale Güter zu kritisieren. Mit ihrer Argumentation bestätigen und zementieren sie aber gerade, dass Menschen qua Eigentum von den Dingen, die sie brauchen, ausgeschlossen sind. Die Parole „Free Software today, free carrots tomorrow“ eines linken Open-Source-Aktivisten mag nett klingen, mit dem Appell an die „Eigentumskritik“ von Open-Source wird aber eine falsche Vorstellung bestätigt, die „Karotten für alle und zwar umsonst“ verhindert.

### *Open-Source-Lizenzen: Eigentumskritik mit den Mitteln des Rechts?*

Wenn man Open-Source-Software entwickelt, ist der Zugang zum eigenen Arbeitsprodukt in Form von Recht organisiert. Insbesondere das Urheberrecht gilt ohnehin: Es wird vom Staat für alles gesetzt, was einen ideellen Urheber hat. Aber darüber hinaus legt eine Open Source-Lizenz mit den Mitteln des Rechts fest, was man mit dem Produkt machen darf und was nicht – grundsätzlich nicht anders als an vielen anderen Stellen in der bürgerlichen Gesellschaft üblich, insbesondere in der Industrie. In der Regel darf man den Quellcode lesen, verändern und weiterverbreiten.<sup>37</sup> In den genauen Bestimmungen unterscheiden sich die verschiedenen Lizenzen erheblich. Grob lassen sich dabei zwei Varianten von „Offenheit“ unterscheiden. Die bereits erwähnte GPL sagt aus, dass sobald man ein GPL lizenziertes Stück Software in seinem Programm benutzt, das gesamte Programm unter (einer) GPL (kompatiblen Lizenz) stehen muss. Das heißt, die Lizenz ist „virulent“ und Komponen-

<sup>37</sup> Quellcode heißt einfach nur das Programm in einer Sprache, die man als Mensch mehr oder weniger gut lesen kann, naja außer Perl halt.

ten stecken sich gegenseitig an. Zum Beispiel kann man nicht einfach den Linux Kernel (also den Kern des Betriebssystems) nehmen, ein paar Veränderungen machen und das Ergebnis ohne Quellcode verbreiten; man muss auch den Quellcode der eigenen Änderungen freigeben.

Die BSD-Lizenz ist da weniger strikt.<sup>38</sup> So sind zum Beispiel BSD-Programme Bestandteil von „Microsoft Windows“, ohne dass deswegen irgendwelche Quellen veröffentlicht werden müssten. Die Lizenz verlangt in erster Linie, dass die Autoren genannt werden müssen. Und sie regelt zweitens, dass man niemanden verklagen darf, wenn etwas schief geht: ein Haftungsausschluss. Die beiden Seiten können sich in der Frage lange streiten: Die einen (GPL) meinen, man müsse die Freiheit mit Zwang schützen, die anderen (BSD) meinen, dass dabei die Freiheit verloren ginge.<sup>39</sup>

Wer nun Recht hat oder ob die Frage sich nicht lösen lässt, weil diese Freiheit ihr Gegenteil, die Herrschaft, enthält, müsste in einem anderen Artikel geklärt werden. Was man aber feststellen kann, ist, dass diese Art der praktischen Eigentumskritik das (Mit-)Eigentum an einem Softwareprodukt notwendig voraussetzt. Richard Stallman hat deswegen die GPL als einen „legal hack“, also als einen legalen Trick bezeichnet. Man insistiert auf seinem Eigentum (indem man Lizenzbedingungen einfordert), um die freie Weitergabe zu garantieren.

Übrigens: Sein Eigentum gibt man mit einer Open-Source-Lizenz ganz und gar nicht auf. Die Bestimmungen in den Lizenzen gelten grundsätzlich nur für andere, ich als Eigentümer darf mit meinem Eigentum weiterhin machen, was ich will. Das ist die Grundlage eines Geschäftsmodells, durch welches man eine (eingeschränkte) Version seines Produkts als Open Source

<sup>38</sup> BSD steht für Berkeley Software Distribution.

<sup>39</sup> Manchmal stecken aber auch ganz einfache ökonomische Überlegungen hinter der Wahl der Lizenz. Die Mehrheit der Open-Source-Software im Bereich der angewandten Mathematik steht unter der BSD-Lizenz, weil es oft Firmen gibt, die diese gar nicht weiterverkaufen, sondern selbst benutzen Software wollen und nur dann mitarbeiten, wenn sie das relativ uneingeschränkt können. Die Mehrheit der Open-Source-Software im Bereich reine Mathematik hingegen steht unter GPL-Lizenzen, weil die einzigen Firmen, die sich für diesen Code interessieren, solche Firmen sind, die am Verkauf von dieser Software Geld verdienen. Entsprechend schützen sich Akademiker dagegen, dass der eigene Code als Teil einer solchen kommerziellen Software an einen für teures Geld wieder verkauft wird.

zugänglich macht und eine (verbesserte) Version ganz normal verkauft.

Das Rechtssystem – garantiert durch die Staatsgewalt – lässt sich aber nicht überlisten: Lizenzen (egal welcher Art) sind legal bindende Verträge, die im Zweifelsfall von der Staatsgewalt durchgesetzt werden können, wenn eine Seite sie einfordert.<sup>40</sup> Dies hat zu der Situation geführt, dass z.B. Wissenschaftler, die ihre Forschungssoftware für andere zugänglich machen, sich massenweise mit verschiedenen inkompatiblen Lizenzmodellen beschäftigen: Darf ich die Open-Source-Software eines anderen Wissenschaftlers legal mit meiner Open-Source-Software kombinieren?<sup>41</sup> Aus der kreativen Anwendung und Überlistung des Rechts – Stallman und Co. machen „An-sagen“ an das Recht –, wurde die ganz prinzipielle Unterwerfung unter das Recht – das Recht macht An-sagen an Stallman und Co –, schlicht, weil das Recht so funktioniert: „You can’t hack the law.“<sup>42</sup>

Mehr noch, in einer Gesellschaft, wo fast nur Anhänger des Rechts herumlaufen, hat solch ein „Hack“ so seine eigene Dynamik. Inzwischen hat sich der Bereich, auf den Lizenzen in diesem Stil angewendet werden, erheblich erweitert. Die Creative-Commons-Bewegung<sup>43</sup> empfiehlt auch Wissenschaftlern, Kulturschaffenden und im Zweifelsfall jedem, der seine Urlaubsfotos ins Internet hochlädt, sich nachhaltig zu Eigentümern ihrer jeweiligen Informationsprodukte zu erklären, um dann, aus einem Baukasten der Rechteeinräumung schöpfend, Dritte weniger oder mehr von der Benutzung auszuschließen. Lawrence Lessigs Creative-Commons-Initiative hat im Gegensatz zu Richard Stallman auch keine Probleme mehr mit dem real existierenden Copyright-Regime, wenn sie richtig feststellt: „Creative Commons-Lizenzen sind Copyright Lizenzen – schlicht und einfach. CC-Lizenzen

<sup>40</sup> Dieser „Trick“ wurde inzwischen in den führenden kapitalistischen Ländern als rechtlich bindend anerkannt: D.h., man kann in Deutschland jemanden verklagen, wenn er gegen die General Public License verstößt, z.B. indem er seine Änderungen am Quellcode nicht öffentlich zugänglich macht.

<sup>41</sup> Die Antwort auf die Frage kann gut auch mal „nein“ heißen, wie ein Beispiel aus der mathematischen Software-Welt zeigt: <http://goo.gl/VTSMZ> (gmpub.org), letzter Zugriff November 2012.

<sup>42</sup> Cindy Cohn, Legal Director for the Electronic Frontier Foundation

<sup>43</sup> Die Creative-Commons-Bewegung ist eine Reaktion auf Industriezweige, in denen die unmittelbaren Produzenten wie z.B. Musiker ihre Rechte in der Regel komplett an eine Verwertungsgesellschaft abtreten, d.h. ihr Eigentum an den eigenen Produkten verlieren. Das ist analog zum Industriearbeiter bei Mercedes, dem ebenfalls kein Stück des von ihm hergestellten Autos gehört. Dagegen sind CC-Lizenzen erst einmal die Behauptung des Eigentums am eigenen Produkt.

sind rechtliche Werkzeuge, die Urheber verwenden, um bestimmte Nutzungsrechte für die Öffentlichkeit unter Vorbehalt anderer Rechte bieten zu können. Ohne Urheberrecht würden diese Tools nicht funktionieren.“<sup>44</sup> Bei der Durchsetzung dieses Copyright-Regimes hilft die CC-Bewegung kräftig mit. Inzwischen werden auch Dinge mit Eigentumstiteln ausgestattet, über die sich vorher einfach niemand Gedanken gemacht hat, z.B. die oben erwähnten Urlaubsfotos<sup>45</sup>.

Wie präsent der Formalismus des Rechts in den Köpfen dieser Leute ist, kann man an der Kontroverse und der Zurückziehung der Devnations-2.0-Lizenz sehen.<sup>46</sup> Die Devnations-2.0-Lizenz sah vor, dass Menschen in „Entwicklungsländern“ Produkte kostenlos benutzen dürfen, aber Leute aus den kapitalistischen Zentren nicht. Eine Lizenz, die also die echte materielle Ungleichheit wenigstens zum Thema gemacht hat.<sup>47</sup> Sie wurde zurückgezogen, weil sie Bewohner aus Industrienationen diskriminierte, und damit die Gleichheit vor dem Gesetz verletzte. Wenn man der Open-Source Bewegung nachsagen will, sie sei mit einer Eigentumskritik ans Werk gegangen – wenn auch auf immaterielle Güter beschränkt – oder sie habe sich am Ausschluss der Menschen vom digitalen Reichtum dieser Welt gestört, dann hat sie auf jeden Fall das Gegenteil erreicht. Hacken kann man die Rechtsordnung eben nicht – eine vernünftige Kritik sieht anders aus.

### *Software-Allmende für Unternehmensgewinne*

Der Erfolg der Open-Source-Bewegung beruht auch darauf, dass sie sich bestens mit der ansonsten weiterhin nach allen bekannten Prinzipien der privaten Ausnutzung von Erfindungen gedeihenden IT-Branche verträgt<sup>48</sup>. Im Folgenden ein paar Beispiele, die ver-

<sup>44</sup> <http://goo.gl/RWBma> (creativecommons.org), unsere Übersetzung, letzter Zugriff November 2012.

<sup>45</sup> Auf Flickr wird man mit der Frage behelligt, welche Lizenz denn die eigenen Fotos, darunter viele Schnappschüsse, haben würden; ein erst einmal etwas fernliegender Gedanke.

<sup>46</sup> Siehe <http://goo.gl/16tnp> und <http://goo.gl/stHiE> (creativecommons.org), letzter Zugriff November 2012.

<sup>47</sup> Um ein Missverständnis zu vermeiden: Wir meinen nicht, dass man die Armut in der Welt mit solchen Lizenzen abschafft.

<sup>48</sup> „Many people believe that the spirit of the GNU Project is that you should not charge money for distributing copies of software, or that you should charge as little as possible — just enough to cover the cost. This is a misunderstanding. Actually, we encourage people who redistribute free software to charge as much as they wish or can.“ – GNU-Projekt, *Selling Free Software*, <http://s.shr.lc/SwcXKa> (gnu.org), letzter Zugriff November 2012.

deutlichen sollen, wie Geschäft und Open-Source zusammen passen, also wie man mit etwas Geld verdient, was man umsonst verfügbar macht.

Die Mozilla Foundation – vor allem bekannt als Herstellerin des Browsers „Firefox“ – erhält einen Großteil ihres Verdienstes von Google Inc. Google Inc. zahlt dafür, dass Google auf dem Firefox die voreingestellte Suchmaschine des Browsers ist. Apple wiederum setzt mit seinem OS-X-Betriebssystem auf ein Open-Source-System auf, dafür arbeiten sie auch mal an Open-Source-Projekten mit oder kaufen diese gleich auf. Die Resultate nutzt diese Firma dann, um Hardware, Softwarepakete, Filme und Musik zu verkaufen. Die Entwicklung des Kerns des Linux-Betriebssystems geschah (laut einer kürzlich veröffentlichten Studie), nur zu 7,7 % explizit unbezahlt.<sup>49</sup> Die größten Firmen, die Mitarbeiter damit beschäftigen, an diesem Betriebssystem mitzuwirken, sind Red Hat Linux, IBM und Novell, also Global Player auf dem internationalen IT-Markt. Sie entwickeln Linux mit, um lohnende Geschäfte damit zu machen. Sie verkaufen zum Beispiel Anwendungen, die auf Linux laufen oder bieten Firmen Support-Verträge an: Ihr kauft unser Produkt und wir stellen sicher, dass es rund läuft. Dafür zahlen andere Unternehmen dann Geld, obwohl man sich aus Open-Source-Projekten das Resultat grundsätzlich selbst zusammen bauen könnte. Google verbreitet sein „Android“-Betriebssystem und seinen Webbrowser unter einer Open-Source-Lizenz – vor allem damit auch Smartphone-Nutzer Google-Produkte verwenden, an denen der Konzern direkt oder indirekt durch Werbung verdient. Viele Firmen steuern Hilfe zur Entwicklung vom GCC-Compiler bei, weil das ein zentrales Stück Infrastruktur für jede Softwarefirma ist.<sup>50</sup> Es ist billiger, das zusammen zu entwickeln,

<sup>49</sup> Bei 25% der Arbeit war allerdings unklar, ob und wer bezahlte. Vgl. LWN, *Who wrote 2.6.20?* <http://goo.gl/Rl4EG> (lwn.net), letzter Zugriff November 2012.

<sup>50</sup> Ein Compiler übersetzt Programme aus dem Quellcode in ein Format, das auf dem Computer ausführbar ist. Ohne einen freien und vernünftigen Compiler macht Open-Source wenig Sinn. Ist der Compiler nicht frei verfügbar, kann man Software zwar im Quellcode verändern, aber diese Änderungen nicht anwenden – es sei denn man kauft sich eine Lizenz für einen Compiler. Ist der Compiler schlecht, dann haben Open-Source Programme das Nachsehen gegenüber der proprietären Konkurrenz.

als unabhängig eine eigene Alternative zu entwickeln. Selbst Microsoft hat inzwischen einige Produkte unter Open-Source-Lizenzen veröffentlicht.

Moderne Standort- und Wettbewerbspolitiker, die der Liebhaberei für das Hin- und Herschieben von Bytes ganz unverdächtig sind, haben dies verstanden – sie fördern und propagieren die Pflege und den Ausbau dieser gemeinschaftlich verfügbaren Infrastruktur nach Kräften. Zum einen, weil das den Standort stärkt und zum anderen weil die eigenen Behörden mit so manchem Open-Source-Produkt einfach billiger fahren. Übrigens: Durch sein Universitätswesen hat der bürgerliche Staat schon lange vor dem C64<sup>51</sup> dazu beigetragen, dass Grundlagenforschung und Wissen zum Wohle des nationalen Wirtschaftswachstums verwendet werden. Dazu passt auch ganz gut, dass die zwei prominentesten Open-Source-Lizenzen (GPL und BSD) an amerikanischen Eliteuniversitäten (MIT und UC Berkeley) entwickelt wurden.

Auch hat der moderne bürgerliche Staat erkannt, dass sein Patentrecht nicht nur Hebel für die private Ausnutzung von Innovationen ist, sondern eben auch Schranke – insofern versteht er auch die Sorgen der Open-Source-Aktivisten ganz gut. Wenn Innovationen nicht als Grundlage für neue Innovationen genutzt werden können, sieht es schlecht aus mit dem Wirtschaftswachstum. Darum hat er sich ein Patentrecht gegeben, das Patente jeweils für nur begrenzte Zeiträume schützt. Damit gibt er den widersprüchlichen Interessen von Einzelkapitalen (die ihre patentierten Erfindungen ordentlich ausbeuten wollen, qua Ausschluss aller anderen Nicht-Zahler von der Nutzung der Patente) und ideellem Gesamtkapitalist (der Rest der Wirtschaft will und soll die Patente als Grundlage und Mittel des eigenen Wachstums nutzen

<sup>51</sup> Commodore 64, beliebter Heimcomputer in den 80ern.

können) an der Ausnutzung und Fortschreibung der Technik eine Verlaufsform.

Im kulturellen Bereich, also dort, wo CC-Lizenzen verbreitet sind, verhält sich die Sache oft nicht anders. Übrigens auch nicht bei denen, die ihren Produkten eine nicht-kommerzielle CC-Lizenz verpassen, also eine Lizenz, derzufolge man ein Produkt nur im nicht-kommerziellen Rahmen verwenden darf. Darin steckt die Absicht, andere davon auszuschließen, von den eigenen Arbeitsergebnissen geldmäßig zu profitieren. Dieser prinzipielle Vorbehalt, selbst im Falle eines online gestellten Urlaubsfotos der Einzige zu sein, der von dessen Verbreitung profitieren könnte, hat selbstverständlich nichts zu tun mit der Kritik an einer Gesellschaft, die auf wechselseitigem Ausschluss von nützlichen Dingen und notwendiger Angewiesenheit jedes Einzelnen auf eigenes Eigentum oder eigene Arbeitskraft basiert. Das Beharren auf dem Recht des Urhebers ist keine Eigentumskritik, sondern der Standpunkt des Eigentümers in Konkurrenz zu anderen.

„Wir tun das nicht nur, weil wir den rassistischen Polizeistaat Arizona [...] ablehnen, sondern weil wir eine Welt frei von Polizei, Gefängnis und Politikern haben wollen.“<sup>52</sup>

Der Hactivismus kommt in der Regel ohne den revolutionären Elan aus, der in dem obigen Statement der Gruppe AntiSec zum Ausdruck kommt. Dennoch genießt die digitale Bewegung Anerkennung für ihr radikales Potential.

Einige Projekte sorgen seit einiger Zeit für Diskussionsstoff: Wikileaks und andere Hackergruppen gelten als anarchistische Spezialeinheiten, die den Mächten der Unterdrückung empfindliche Schläge versetzen. Die virtuelle Währung Bitcoin wird als praktischer Ansatz angesehen, die Macht des Kapitals zu brechen. Und Freie Software schließlich soll schon jetzt Modell sein für die Produktion nach dem Kapitalismus. Schön wär's.

In dieser Broschüre haben wir unsere Kritiken am Hactivismus versammelt. In unserem Artikel zu Wikileaks kritisieren wir dessen Bewunderung für die staatliche Herrschaft – auch wenn sie von dieser verfolgt werden. Der Artikel zu Bitcoin behandelt die politische Ökonomie der virtuellen Währung und kritisiert die libertäre Ideologie, die dahinter steckt. Im dritten Artikel geht es um freie Software und digitale Commons. Wir stellen dar, wie Open-Source-Lizenzen Zustimmung zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen ausdrücken.

Kommentare, Kritik und Einspruch erhalten wir gerne. Wir sind unter

<http://gegen-kapital-und-nation.org>  
zu erreichen.

<sup>52</sup> AntiSec, *Chinga La Migra III*, <http://bit.ly/UzchBd> (thepiratebay.se), unsere Übersetzung. Die Autoren werden auch sofort in einem Kommentar unter ihrer Erklärung kritisiert: „Während ich unterstütze was ihr tut, ist das einfach albern. Politiker, vielleicht, aber Polizei und Gefängnisse braucht es – die Gesellschaft würde ohne nicht funktionieren. Polizeibrutalität und Korruption, auf der anderen Seite, SOLLTEN ausradiert werden.“

<sup>53</sup> Vi.S.d.P:  
Hannah Holz  
Eldenastr. 15  
10247 Berlin